

Wortprotokoll

der öffentlichen Sitzung
des Innenausschusses

Sitzungsdatum: 25. April 2017
Sitzungsort: Hamburg, im Rathaus, Raum 151
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 19:28 Uhr
Vorsitz: Abg. Ekkehard Wysocki (SPD)
Schriftführung: Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Sachbearbeitung: Manuela Knieler

Tagesordnung:

1. Planungsstand Sicherheitskonzept G20 in Hamburg
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
2. Drs. 21/8397 Einvernehmen mit dem Bund über die Beteiligung an den Kosten für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen anlässlich des OSZE-Ministerrates am 8./9. Dezember 2016 und des G20-Gipfels am 7./8. Juli 2017 in Hamburg
(Bericht Senat)
- Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Innenausschuss ist mitberatend. -
3. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Martina Friederichs (SPD)
Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
Abg. Joachim Lenders (CDU)
Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Abg. Arno Münster (SPD)
Abg. Dirk Nockemann (AfD)
Abg. Milan Pein (SPD) (i.V.)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Sören Schumacher (SPD)
Abg. Urs Tabbert (SPD)
Abg. Juliane Timmermann (SPD)
Abg. Karl-Heinz Warnholz (CDU)
Abg. Ekkehard Wysocki (SPD)

II. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Inneres und Sport

Herr Senator Andy Grote
Herr Staatsrat Bernd Krösser
Herr Polizeipräsident Ralf Martin Meyer
Herr LPD Hartmut Dudde
Herr LBD Stephan Wenderoth
Herr Oberbrandrat Jan Peters

III. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Frau Manuela Knieler

IV. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Ca. 40 Personen

Zu TOP 1

Vorsitzender: Meine Damen und Herren, dann würde ich gern mit der Sitzung beginnen. Was für unsere Kollegen von der filmenden ... Alles klar. Vielen Dank.

Dann begrüße ich die Zuschauer, die Vertreter der Presse, die Abgeordneten und Mitarbeiter, die Vertreter des Senats und Frau Knieler von der Bürgerschaftskanzlei – herzlich willkommen zur Sitzung des Innenausschusses. Ja, die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Wir haben dazu auch ein Benehmen hergestellt, deswegen gehe ich zu Punkt 1 der Tagesordnung davon aus, dass wir alle einverstanden sind mit der Selbstbefassung zu Punkt 1 und dass wir auch damit einverstanden sind, dass die Selbstbefassung heute stattfindet. Ansonsten, wenn es noch Anmerkungen zur Tagesordnung gibt, dann würde ich noch einmal um Wortmeldungen bitten. Das ist nicht der Fall. Dann ist die so beschlossen.

Wir haben Tagesordnungspunkt 1: Planungsstand Sicherheitskonzept G20 in Hamburg. Da würde ich, damit wir dann auch alle denselben Informationsstand haben und vielleicht auch dem etwas auf der fachlichen Ebene entgegensetzen können, was in Teilen der veröffentlichten Meinung schon Platz greift und irgendwelche Irritationen entweder erzeugt oder bereits erzeugt hat, deswegen den Senat als Erstes einmal bitten, den aktuellen Planungsstand zum Sicherheitskonzept G20 hier in Hamburg vorzustellen. Herr Senator, Sie haben das Wort.

Senator Grote: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir berichten gern einmal zum aktuellen Planungsstand Sicherheitskonzept G20. Ich würde einmal ein bisschen einführen und dann den Polizeipräsidenten bitten, da ein bisschen mehr ins Detail zu gehen.

Der G20-Gipfel wirft seine Schatten voraus. Wir wissen alle, dass das eine der größten internationalen Veranstaltungen und eines der wichtigsten internationalen diplomatischen Foren ist, die es überhaupt gibt. Der G20-Prozess führt seit vielen Jahren die 20 wichtigsten Regierungschefs und darüber hinaus die wichtigsten internationalen Organisationen zusammen, um Dinge, die nur international bewegt werden können, voranzubringen, über die Jahre auch mit erheblichen Erfolgen. Aktuell hält Deutschland die Präsidentschaft, den Vorsitz der G20 inne, deswegen findet der Gipfel in Deutschland statt. Man hat sich entschieden, das in Hamburg durchzuführen. Wir empfinden das durchaus als Auszeichnung für unsere Stadt. Eine Stadt, die den Anspruch hat und das Selbstverständnis, international ausgerichtet, international aufgestellt zu sein, ist selbstverständlich in der Lage, auch ein internationales Regierungstreffen auszurichten. Gleichwohl wissen wir, dass das für viele von uns und insbesondere auch für die Sicherheitsbehörden, die Sicherheitskräfte auch durchaus mit Belastungen und auch noch ein bisschen mit Einschränkungen verbunden ist. Wir wissen aber auch, dass man einen solchen Gipfel eben nur in einer Großstadt durchführen kann aufgrund der schieren Dimension und der Logistik, die dafür erforderlich ist. Und es muss dann in Deutschland auch nicht immer Berlin sein, sondern wir können das in Hamburg durchaus auch.

Unser Ziel ist natürlich, dass wir einen erfolgreichen Gipfelverlauf ermöglichen. Dazu gehört, dass der Gipfel selbst mit seinen Abläufen reibungslos durchgeführt werden kann, dass wir für die Sicherheit sorgen. Dazu gehört aber natürlich auch, dass wir die Einschränkungen für die Hamburgerinnen und Hamburger möglichst gering halten, und dazu gehört auch, dass wir gleichzeitig eine breite zivilgesellschaftliche Einbindung ermöglichen. Das ist ja das klare Bekenntnis des Senats, dass der Gipfel, sozusagen die Hamburger Gipfelkultur, stark dadurch mit geprägt werden soll, dass hier eben ein sehr, sehr hohes Maß – ich glaube, eines, was es so überhaupt noch nie gegeben hat – auch an allen Formen von

Veranstaltungen, Initiativen, Versammlungen, Foren, Plattformen, Aktionen, natürlich auch Protesten, jede Form der Auseinandersetzung mit internationaler Politik und auch diesem Gipfel hier ermöglicht wird, solange es friedlich bleibt.

Die Aufgabe, die sich für die Polizei und für die Feuerwehr natürlich auch hier stellt, ist eine enorme. Das hängt zusammen mit der reinen, schieren Dimension dieses Gipfels, mit seinen hochkomplexen Abläufen, mit der sehr, sehr umfangreichen Logistik, mit den vielen Tausend Beteiligten. Und dem wird entsprochen durch eine entsprechende auch dann sehr komplexe und stark gegliederte polizeiliche Einsatzorganisation. Hinzu kommt, dass – noch etwas anders, als wir es beim OSZE-Gipfel hatten –, wir diesmal auch nicht nur mit friedlichen Aktionen, Protesten und Versammlungen rechnen, sondern dass wir wissen, dass auch eine durchaus nennenswerte Zahl auch gewaltbereiter Extremisten hier sich vorgenommen hat, am Gipfel teilzunehmen, und zwar mit dem Ziel, natürlich auch den Gipfelablauf zu stören, die Infrastruktur der Stadt ein Stück weit zu beschädigen, zu stören, und auch sich eine Reihe von anderen Zielen ausgesucht hat, wo wir davon ausgehen, dass die Aktionen, die wir erleben werden, nicht gewaltfrei bleiben. Das ist eine sehr ernste Herausforderung. Die Polizei und wir als Innenbehörde nehmen das auch sehr ernst. Wir bereiten uns oder die Polizei vielmehr bereitet sich darauf sehr intensiv mit ihrem Vorbereitungsstab vor und sie tut das in aller Ruhe, Professionalität, Gelassenheit und Unaufgeregtheit. Das sage ich auch deshalb, weil die Unaufgeregtheit doch an der einen oder anderen Stelle auch in der öffentlichen Diskussion ein bisschen fehlt gelegentlich. Auch wenn wir hier bestimmte angedrohte Szenarien aus den Reihen der linksextremistischen linken Szene haben, möchten wir doch sehr davor warnen, alles, was dort angedroht wird, als realistisches Szenario zu betrachten. Und jeder, der jetzt ungefiltert das übernimmt, was da an an die Wand gemalten Gewaltexzessen so im Raum steht und das weitergibt und sich auch in entsprechenden Gewaltfantasien hier ergeht, der hilft nicht der Polizei, der trägt nicht zur Sicherheit bei, sondern trägt zur Verunsicherung bei und betreibt letztlich das Geschäft der radikalen Gipfelgegner.

Die Polizei kann sich bei ihren Vorbereitungen auf die Erfahrungen und die Grundkonstruktion des Einsatzes OSZE ein Stück weit abstützen. Dort haben wir ein ebenfalls großes internationales Ereignis sehr erfolgreich begleitet. Der Polizeieinsatz hat für einen reibungslosen Ablauf des Gipfels und sämtlicher begleitenden Versammlungen gesorgt. Gleichwohl haben wir es hier mit einer anderen Dimension und mit einer anderen Herausforderung zu tun, insofern wird der Einsatz in seiner Dimension größer sein, er wird es auch mit qualitativ anderen Herausforderungen gerade aus dem Bereich der gewaltbereiten Gipfelgegner zu tun haben.

Wir haben begleitend und auch schon im Vorlauf zum Gipfel ein sehr intensives Versammlungsgeschehen. Dazu wird gleich noch im Einzelnen ein bisschen ausgeführt werden. Wir gehen davon aus, dass ein Großteil der Versammlungen friedlich bleibt, aber wir haben auch kritische Versammlungen. Während des Gipfels selbst ist das einmal die Versammlung aus dem Kontext Rote Flora, die am Donnerstagabend angemeldet wurde, und es ist auch die größere Kundgebung für den Samstag von Jan van Aken, wo wir jeweils die Einschätzung haben, dass es dort nicht gewaltfrei bleiben wird.

Wir werden insofern alles tun, um friedliche Versammlungen bestmöglich zu unterstützen, aber natürlich auch in dem Moment, wo es zu Gewalt kommt, sehr konsequent und sehr klar auch polizeilich zu reagieren. Wir haben in unserem Schutzkonzept Bereiche, die aus Sicherheitsgründen dann eben auch für Versammlungsteilnehmer nicht zugänglich sein können. Das betrifft die Sicherheitszonen, das kennen wir in der Struktur schon vom OSZE-Gipfel, im Bereich des Messegeländes und wir werden eine zweite, diesmal nicht am Rathaus, sondern im Bereich der Elbphilharmonie aller Voraussicht nach haben. Wir werden aber auch die Protokollstrecken, das heißt die Straßenverbindungen, auf denen sich die Kolonnen der Delegationen in der Stadt bewegen, schützen müssen und freihalten müssen von Störungen. Ich sage das hier ganz ausdrücklich, weil wir wissen oder weil wir davon

ausgehen müssen, dass es gezielte Aktionen geben wird, um auch den Verkehr auf diesen Protokollstrecken zum Erliegen zu bringen beziehungsweise auch Kolonnen zu stoppen und an der Weiterfahrt zu hindern. Das darf uns auf keinen Fall passieren und wir werden alles Erforderliche dafür tun, um diese Strecken freizuhalten.

Das Risiko, das damit verbunden ist, das kann niemand verantworten, wenn eine Kolonne stehen bleibt. Man möge sich einmal vorstellen, die Kolonne des türkischen Präsidenten mit einer entsprechenden Zahl an auch bewaffneten Personenschützern gerät in eine Kolonne meinetwegen militanter Kurden. Dann haben wir ein Szenario, das sozusagen alles sprengt, was man sich bisher so vorstellen kann. Deswegen sind diese Protokollstrecken zu schützen und müssen frei bleiben und da werden wir auch das Erforderliche unternehmen. Und an der Stelle kann es auch keine Kompromisse geben.

Es wird aber auch sehr umfangreich die Gelegenheit geben, eben auch friedlich zu demonstrieren, an Veranstaltungen und Aktionen teilzunehmen. Es gibt mehrere große Kundgebungen und viele kleine auch, wo wir davon ausgehen, dass die friedlich bleiben werden, und, wie gesagt, eine sehr, sehr hohe Zahl von begleitenden Veranstaltungen. Ich glaube nicht, dass es jemals einen Gipfel gab mit so viel zivilgesellschaftlicher Begleitung. Ich glaube auch nicht, dass wir in Hamburg jemals so viele Versammlungen und Veranstaltungen mit so vielen Teilnehmern in so kurzer Zeit hatten. Insofern glaube ich, dass das für die Demokratie und auch für die Frage, wie man auch international mit demokratischer Gesellschaft umgeht, ein gutes Beispiel werden kann. Wir werden, was die Auswirkungen auf die Bevölkerung in der Stadt betrifft, möglichst, also so umfassend, wie man es sich überhaupt vorstellen kann, informieren. Das hat auch schon begonnen. Es ist das Bürgertelefon seit Anfang April geschaltet, es gibt eine Website, auf der sich die wesentlichen Informationen abrufen lassen, es gibt eine E-Mail-Adresse, an die man sich mit jeder Frage wenden kann. Wir werden außerdem Postwurfsendungen in die betroffenen Nachbarschaften noch einmal bringen, damit wir also an jeden Einzelnen noch einmal aktiv mit dem Informationsangebot und Kerninformationen auch herangehen. Es wird kleinere und auch größere Informationsveranstaltungen geben. Es wird sehr, sehr viele Kolleginnen und Kollegen der Polizei geben, die dann auch schon ab Mai in den Quartieren auch und überall bereitstehen, um Informationen dann auch weiterzugeben, damit jeder da auch weiß, was auf ihn zukommt. Und ohnehin beantworten wir schon seit geraumer Zeit natürlich auch alle Einzelanfragen, die man dazu haben kann.

Das Bild, in dem wir da leben, ist nicht das eines gesamtstädtischen Ausnahmezustandes, wie er von dem einen oder anderen heraufbeschworen wird. Im größten Teil der Stadt wird man vom Gipfel nicht viel merken, aber natürlich im zentralen Bereich schon und auch sozusagen auf dem Korridor Richtung Flughafen eben auch. Insofern wird es hier auch zu Verkehrsbeeinträchtigungen auf jeden Fall kommen und wir empfehlen insofern hier jedem, im Zweifel in der Kernzeit des Gipfels dann auch den öffentlichen Personennahverkehr möglicherweise lieber zu nutzen als das eigene Auto. Damit muss man einfach rechnen.

Wir werden auch ansonsten aus den Aktivitäten der Gipfelgegner heraus und dem, was sich dort vorgenommen wurde auch an Störungen, schon erwarten müssen, dass das nicht alles völlig unbemerkt bleibt, sondern ein bisschen etwas davon wird man da auch sehen können, auch wenn wir uns sehr stark, sehr umfangreich, sehr präsent als Polizei da aufstellen werden, aber wir können nicht jede, sage ich 'mal, auch kleinere Störung da vermeiden. Das heißt, es kann auch sein, dass einmal eine S-Bahn nicht fährt oder auch am Hauptbahnhof einmal es zu einer Betriebsunterbrechung kommt oder andere Dinge, die da möglicherweise auch anfällig sind, einmal eine Weile nicht funktionieren, aber im Wesentlichen wird das Leben in der Stadt seinen normalen Gang gehen. Daran werden wir jedenfalls alles setzen und darauf sind wir auch vorbereitet.

So viel einleitend von mir und dann würde ich übergeben einmal an den Polizeipräsidenten.

Vorsitzender: Vielleicht eine Bemerkung vorweg, bevor dann der Polizeipräsident weiter fortfährt. Es kam die Anregung aus den Fraktionen, ein Wortprotokoll zu führen. Ich denke, das trifft hier auf Zustimmung. Dann würde ich darum bitten, dass hier ein Wortprotokoll gemacht wird. Herr Meyer.

Herr Meyer: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Senator hat Ihnen schon einen sehr umfangreichen Überblick gegeben. Ich will versuchen, an der einen oder anderen Stelle das noch ein bisschen zu spezifizieren, ohne etwas zu wiederholen. Vielleicht auch noch einmal zur Einordnung, in der Tat ist die große Aufgabe, die große Herausforderung für die Polizei Hamburg die Komplexität eines solchen Einsatzes und der Ausgleich an Rechten, an Grundrechten, an Interessen der verschiedenen Bereiche, die hier bei diesem Anlass zusammenkommen, eben die Sicherheit der Teilnehmer bis hin zur Gewährleistung des Versammlungsrechtes nach Artikel 8 unseres Grundgesetzes.

7. Juli, 8. Juli 2017, das sind die beiden Tage, man kann quasi sagen, von morgens bis zum Nachmittag des 8. Juli 2017. G20 stimmt eigentlich gar nicht. Es ist viel mehr als G20. Auch das ist schon überall zu lesen gewesen. Es sind 23 Länder, es sind besondere Länder auf Einladung der Bundeskanzlerin dabei. Es sind 11 Organisationen, Weltbank, UNO, Afrika Union und so weiter, die die Komplexität noch ein wenig erhöhen, insgesamt 6 500 Delegierte, die sich eben in dem Raum Hamburg dann bewegen wollen, die hier wohnen wollen, die hier arbeiten wollen und wahrscheinlich auch müssen, etwa 2 500 Medienvertreter, die in einem Pressezentrum mit etwa 1 650 Arbeitsplätzen in den Messehallen agieren, und als wesentliche, jedenfalls mit dem Wissen von heute, Veranstaltungsorte die Messehallen und die Elbphilharmonie. Nun sind wir zweieinhalb Monate vor dem Ereignis. Deswegen ist alles das, was ich sage, unter diesem Gesichtspunkt zu sehen. Das heißt, die Lagebewertung, auf die ich zurückkomme, auf die wir eingehen hier, ist eben aus dem Blick von heute zu sehen und kann sich durchaus noch entwickeln.

Was wir sagen können, ist sicherlich, dass wir Prognosen haben, die anders sind als beim OSZE-Treffen, dass wir ja eine Vielzahl verschiedenster Protestformen erwarten, Aktionsformen erwarten, Versuche, mittels Menge Mensch Blockaden zu erreichen von Zufahrtswegen, von Protokollstrecken, von Veranstaltungsorten, von Hotels. Diese Formen, die leiten wir ab aus anderen, ja, Tagungen, was ihre Militanz betrifft, wie beispielsweise Heiligendamm oder auch andere Anlässe, Frankfurt am Main, Eröffnung des EZB-Towers. Die sind auch nicht so neu, die wiederholen sich eigentlich zum Teil in ihrer Art und Weise. Wir haben ja bereits jetzt für den Monat April den sogenannten Aktionsmonat angekündigt bekommen und einiges ist ja auch schon passiert, das brauche ich hier nicht zu wiederholen. Insbesondere Logistik, Fahrzeuge et cetera von dem Bereich, den die linke Szene als Repressionsmaschinerie bezeichnet, ist an mehreren Stellen angegriffen worden, es sind Fahrzeuge von Polizei, Polizeigewerkschaft angezündet worden. Solche Szenarien sind auch weiter erwartbar und prognostizierbar für die Zeit der Tagung beziehungsweise drum herum. Spontane Sachbeschädigungen sind Straftaten, die wir prognostizieren, mit Farbe, mit harten Gegenständen, konzertierte Aktionen, die eben in Richtung von Brandanschlägen oder ähnlichen Sabotageaktionen denkbar sind. Und sicherlich auch im Zuge von Versammlungen militante Aktionen, sicherlich auch spontane Zusammenkünfte, die man dann versucht, als Versammlung anzumelden, also sogenannte Spontanversammlungen nach dem Versammlungsgesetz, mit denen – auch als konzertierte Aktionen – rechnen wir.

Der 7. Juli 2017 ist der Aktionstag, Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams sind angekündigt mit dem Ziel, den Ablauf des Gipfels zu stören. Beeinträchtigungen des Luftverkehrs, des Hafens vorzunehmen, insbesondere Transportketten, das Kapital sozusagen zu treffen, ist etwas, was angekündigt ist. Wir haben die Großdemonstration am 8. Juli 2017 – ich komme aber am Ende noch einmal auf die einzelnen Demonstrationen zu sprechen – mit einer prognostizierten, erwarteten Größenordnung des Anmelders von bis zu 100 000, von 50 000 bis 100 000, wobei wir davon ausgehen, dass sich dort auch

linksextremistisches und gewaltbereites Klientel beteiligen wird, aber darauf hat ja Senator Grote schon hingewiesen.

Insbesondere an den Tagen vom 6. bis 8. Juli 2017 wird sich aus unserer Sicht das gesamte linksextremistische autonome Spektrum dieser Stadt, aber auch ein Großteil des bundesweiten Spektrums dieser Art hier in Hamburg zusammenfinden, um dann mittels militanter Aktionsformen den Protest gegen den G20-Gipfel auf die Straße zu bringen, wie es heißt und wie wir auch durchaus erwarten. Außerdem ist damit zu rechnen, dass – aber da ist die Größenordnung schwierig – auch ein Teil aus dem Ausland hier nach Hamburg anreisen wird. Das ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht so klar zu sehen. Wir haben insbesondere bei der Erwartung, was den 6. Juli 2017 angeht, einer Demonstration, bei der wir davon ausgehen, dass wir dort vergleichbar wie am 21. Dezember 2013 eine Größenordnung haben werden von etwa 7 000 bis 8 000 Aufzugsteilnehmern, möglicherweise auch mehr, darunter eine Größenordnung von Gewaltbereiten, die zum jetzigen Zeitpunkt auch noch schwer oder schon schwer genau zu prognostizieren ist, möglicherweise von über 4 000 Gewaltbereiten. Es gibt eine Einschätzung, die vielleicht sogar von 7 000 bis 8 000 ausgeht, aber das ist mit dem Datum von heute einfach schlichtweg so genau noch nicht zu prognostizieren.

Inwieweit es dann nach diesen Demonstrationen am 6. Juli 2017 weitergeht, hängt so ein bisschen auch vom Verlauf ab, von der Frage, ob dann weitere Ausschreitungen mit welcher Größenordnung zu erwarten sind. Da rechnen wir natürlich mit den verschiedenen Szenarien, die wir auch kennen im Schanzenviertel oder in anderen in der Nähe gelegenen Stadtvierteln, wo wir möglicherweise dann mit Weiterungen zu rechnen haben.

Zur Lage gehört auch die politisch motivierte Kriminalität mit ausländischen Bezügen. Da ist sicherlich die Entwicklung in der Türkei zu nennen seit Juli 2015, die zu einer Emotionalisierung der kurdischen Bevölkerung in Hamburg beigetragen hat. Auch hier müssen wir davon ausgehen, dass es entsprechend zu Versammlungen kommt, aufgrund der Teilnahme des türkischen Präsidenten, die auch eine Solidarisierung in der linken Szene erfahren. Das ist auch ein Erfahrungswert, den man sehr, sehr leicht unterschreiben kann. Insofern gehen wir auch hier davon aus. Inwieweit dann auch hier über Hamburg hinaus mobilisiert wird, auch damit ist zu rechnen, die Größenordnung lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt auch noch nicht einschätzen, man kann aber sagen, dass es durchaus eine gute Vernetzung dort gibt.

Zur Lage gehört auch der Terrorismus, der islamistische Terrorismus selbstverständlich. Auch das ist in unseren Zielen, entsprechende Anschläge zu verhindern. Es gibt allerdings keine konkreten Anschlagsszenarien beziehungsweise keine konkreten Hinweise auf einen Anschlag, der sich auf G20 bezieht. Wir gehen davon aus, wir leben in dieser hohen abstrakten Gefährdungswelt, die gilt natürlich auch für die Tagung. Möglicherweise wirkt relativierend, dass wir es hier mit einer Tagung zu tun haben, die sehr viele Sicherheitskräfte auf den Plan ruft, das heißt also, dass hier in der Stadt sehr viele sind. Das kann man sicherlich als gefährdungsrelativierend einschätzen, aber damit ist die Gefahr nicht vom Tisch.

Ja, wir haben selbst jetzt die ersten Aufzüge mit G20-Bezug – das soll aber hier nur am Rande erwähnt sein – um den 1. Mai herum, am 28. April und am 1. Mai 2017. Insgesamt gibt es zwei Aufzüge im April, zwei Aufzüge im Mai, zehn Versammlungen und sechs Aufzüge im Juli, die wir zum jetzigen Zeitpunkt eben zu konstatieren haben, insbesondere eben die beiden Großdemonstrationen am 2. und 8. Juli 2017.

Was haben wir bisher getan, was tun wir? Wir haben Objektschutzmaßnahmen größerer Art jetzt vorgesehen, die laufen, die werden auch durchgehend laufen. Da geht es insbesondere um die Veranstaltungsorte, es ist ja auch nicht zu übersehen. Es geht aber auch um andere, eigene Bereiche, eigene Immobilien, die wir zurzeit eben mit Objektschutz, aber auch mit

technischen Sicherungen versehen haben. Was den Einsatz angeht – ist auch schon angeklungen –, ist der gleiche, fast identische Einsatz, die gleiche Struktur wie beim OSZE-Ministerratstreffen. Das hat sich im Wesentlichen auch bewährt. Es gibt enge Abstimmungen mit allen Partnern, dem Auswärtigen Amt, dem Bundeskriminalamt, der Bundespolizei und und und. Die entsprechenden Gespräche laufen. Die Planungen der Sicherheitszonen sind auch in vollem Gange, die Messehalle ist fertig, die ist auch schon veröffentlicht, die Elbphilharmonie, das ist noch in der Feinabstimmung, genau wo da etwas zu welchem Zeitpunkt sein soll. Auch das wird ja nur immer örtlich und zeitlich sehr beschränkt sein, also immer nur dann, wenn dort etwas stattfindet, kommt es überhaupt nur zu solchen Einschränkungen.

Die Öffentlichkeitsarbeit, auch das ist schon angeklungen, ist jetzt angelaufen und wird entsprechend mit dem nächsten Monat dann an Fahrt aufnehmen, um die entsprechende Bevölkerung, die vielleicht mehr betroffen ist, aber auch andere Interessierte ins Bild zu setzen. Die Hotelunterbringungen laufen, entsprechende Anforderungen, die wir brauchen, laufen, und wir sind dabei, die große Gefangenensammelstelle in Hamburg-Neuland in Abstimmung mit der Justizbehörde zu konstruieren, zu bauen. Auch das läuft.

Die verantwortlichen Leiter der Bereiche, der Einsatzabschnitte, sind auch so langsam Schritt für Schritt benannt und sind auch mit ihren Aufträgen versehen, sodass wir auch hier entsprechende Punkte auf den Weg gebracht haben. Es gibt immer noch Eckpunkte, die noch kommen, die sind also dann auch einzubeziehen, die sind aber dann in der Absprache erst dann klar, wenn wir sie tatsächlich vom Auswärtigen Amt erfahren haben.

Was die Anforderungen angeht von Einsatzkräften, auch dort ist es sozusagen in einem Prozess. Wir haben sicherlich festgestellt, dass die beim OSZE-Treffen eingesetzten Beamten, die Anzahl nicht ganz ausreichend sein wird für diesen Anlass. Wir gehen jetzt davon aus, dass wir – und das ist eben auch ein Prozess, was ist machbar, was ist möglich – dort eben eine Größenordnung von in etwa 15 000 Beamten haben werden, die aber jetzt eben erst einmal in die Anforderungen geht.

Polizeiliche Ziele: Es wird keine Evakuierungen geben von Wohnbevölkerung, keine Akkreditierungen, keine Zäune, so wie das beim OSZE auch gewesen ist. Wir werden eine deutlich sichtbare Präsenz in der Stadt haben. Das gehört zu unseren Zielen ebenso wie die störungsfreie Durchführung der Veranstaltungen, die Gewährleistung der Versammlungsfreiheit, die geringstmögliche Beeinträchtigung des öffentlichen Lebens, Verhinderung von Anschlägen auf Schutzpersonen und überhaupt die Verhinderung von einem Terroranschlag.

Zu den Kosten lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts sagen, da haben wir ja noch einen Punkt dazu, aber das, was tatsächlich real dann an Kosten anfällt, das liegt, glaube ich, in der Natur der Sache. Ja, auch die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, auch dazu haben wir noch nichts Konkretes, außer dass wir eben zusammenarbeiten und dass wir bei entsprechenden Bedarfen Amtshilfeersuchen stellen werden.

Ich würde noch einmal auf die verschiedenen Versammlungen eingehen wollen, die um den G20-Gipfel relevant sind. Die ersten, wie gesagt, jetzt am 1. Mai 2017 und dann geht es also in den Monat Juli. Eine große Veranstaltung, die aus unserer Sicht völlig undramatisch, friedlich verlaufen wird. Protestwelle G20. Wir fordern von der G20 Demokratie sichern, Klimawandel stoppen für einen fairen Welthandel der Naturfreunde Deutschlands. Erwartet werden hier 50 000 bis 100 000 Teilnehmer. Ob die realistisch sind, mag dahinstehen, müssen wir, glaube ich, nicht bewerten. Das ist jedenfalls eine völlig unproblematische, undramatische Versammlung.

Dann gibt es eine ganze Reihe von kleineren Veranstaltungen mit fünf Teilnehmern, mit 100 Teilnehmern, mit 30 Teilnehmern, die würde ich mir hier sparen, über die wir jetzt auch schon entsprechende Anmeldungen haben.

Aus unserer Sicht erwähnenswert ist der 6. Juli 2017, das Bündnis gegen den G20, Schulterblatt und so weiter. Die Anmelder von dort haben den Tenor für eine solidarische Welt gegen den G20-Gipfel in Hamburg. Hier rechnen wir mit mehreren Tausend Teilnehmern. Der Veranstalter hat 5 000 als Erwartung aufgeführt. Wir gehen eher davon aus, dass es mehr wird, etwas mehr wird. Ich hatte darauf hingewiesen, auch die Beteiligung von Linksextremisten aus Hamburg, aber auch aus Deutschland und aus dem Ausland ist hier zu erwarten. Insofern ist das eine Demonstration, die wir kritisch sehen, wo wir also auch durchaus mit entsprechenden Problemen rechnen.

Dann gibt es eine ganze Reihe weiterer kleinerer Veranstaltungen um den 7. Juli 2017 herum. Und am 8. Juli 2017 ist dann aus unserer Sicht ... Man kann es ja kurz erwähnen, dass es eine Veranstaltung gibt, Initiative pro Trump, vielleicht weil es so außergewöhnlich ist oder weil keiner damit gerechnet hat und der Veranstalter hier 5 000 Teilnehmer ... Das möchte ich auch nicht kommentieren, ob es diese 5 000 gibt. Zumindest will ich darauf kurz hingewiesen haben.

Dann ist die Veranstaltung vom 8. Juli 2017, die Demonstration, die das Bündnis gegen den G20-Gipfel in persona Jan van Aken angemeldet hat, zu nennen, wo wir eben davon ausgehen, dass sich dort linksextremistisches Teilnehmerpotenzial anschließen wird und das Potenzial sicherlich auch dafür sorgen wird, dass das eben keine unproblematische Angelegenheit wird, sondern eine, um die wir uns wahrscheinlich dann auch entsprechend werden kümmern müssen.

Alles Weitere ist eher auch unproblematisch, auch am 8. Juli 2017 Bündnis Hamburg zeigt Haltung. Das ist alles etwas, wo wir ... Wir sagen dann immer eine BfS-Lage, also ein Beamter für Streifendienst, ein Bünabe kann das machen sozusagen allein. Also, da ist bis auf ein bisschen Verkehr nicht viel zu tun. In diesem Fall kommt natürlich dazu, dass das trotzdem sich ja irgendwie einbinden muss in die Komplexität des Einsatzes.

Das war also ein Überblick über die wesentlichen Vorbereitungen und die relevanten Anmeldungen in Aktion, wie wir sie zum heutigen Zeitpunkt geben können. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. Ich habe eine Wortmeldung im Moment von Herrn Gladiator. Bitte.

Abg. Dennis Gladiator: Vielen Dank. Auch vielen Dank für den Sachstandsbericht. Und ich teile Ihre Auffassung, Herr Senator, dass man unaufgeregt an das Thema herangehen muss. Man darf aber auch das, was angedroht wird, nicht kleinreden oder wegreden, weil, nicht der Gipfel an sich ist das Problem. Nicht der Gipfel ist ein Sicherheitsrisiko für die Stadt, sondern diejenigen, die sagen, sie setzen gar nicht auf Inhalte und Auseinandersetzung, sondern die nur auf Gewalt setzen. Und da gibt es ja einiges an Ankündigung, was man ernst nehmen sollte, was die Polizei auch ernst nimmt. Das will ich gar nicht infrage stellen, was man aber auch so benennen muss, auch in einer anderen Qualität, als es bisher war, mit der klaren Ansage, auch Polizeibeamte mit aller Härte angreifen zu wollen, also auch wirklich Gewalt gegen Menschen anzuwenden und nicht nur, in Hochkomma, gegen Sachen. Insofern muss man das, glaube ich, schon ernst nehmen, auch vor dem Hintergrund der Diskussion, dass ja einige sich zurzeit berufen fühlen, die Stadt aufzufordern, die Gewährleistung der Grundrechte auch sicherzustellen. Vielleicht muss man dann diejenigen daran erinnern, dass es gerade die Polizei ist, die die Grundrechte unserer Stadt auch gewährleistet und die auch jedem ermöglicht, und wenn es hier zu Störungen kommt, dann vonseiten derer, die eben nicht friedlich protestieren, sondern die auf Gewalt setzen und damit ja auch friedliche

Proteste unterdrücken. Insofern muss man das, glaube ich, auch so klar benennen und sich darauf einstellen.

Ansonsten waren wir bis vor zwei Wochen auch völlig unaufgeregt, weil wir geglaubt haben, dass die Polizei in der Lage ist, rein nach fachlichen Kriterien zu entscheiden, was für Sicherheitsmaßnahmen erforderlich sind. Dann gab es einen Kollegen, den Justizsenator, der Ihren Urlaub, glaube ich, pfiffigerweise ausnutzen wollte, um sich hier anders zu positionieren, und ja verkündet hat, es wird keine weiteren Sicherheitszonen in der Stadt – nirgends - geben, egal was da noch kommt. Das hat uns dann tatsächlich ein wenig beunruhigt, weil wir eigentlich davon ausgegangen waren, dass Sicherheitsmaßnahmen kein politisches Instrument sind, sondern ein rein fachliches, das dem dient oder einzig und allein dem dient, die Menschen in unserer Stadt zu schützen und nicht um Politik damit zu machen. Insofern würde ich mich freuen, wenn Sie dazu auch noch ein paar klarstellende Worte finden oder uns mit der Sorge zurücklassen, dass es hier auch politische Einflussnahmen auf das Konzept gibt.

Dann zu dem, was insgesamt an Veranstaltungen und Versammlungen angekündigt ist, haben Sie einiges gesagt. Mich würde da interessieren, es gibt ja Interessenten, die sagen, wir wollen Räume in dieser Stadt für Camps und Sonstiges haben - haben wir ja gerade heute auch verfolgt –, ob Sie da schon eine Einschätzung geben können, wie mit diesen Interessenbekundungen und Anmeldungen umgegangen wird, weil ich glaube, wir haben erlebt, dass leider Gottes auch öffentliche Räume und Plätze an Gruppen vergeben worden sind, die das nicht genutzt haben, um sich inhaltlich vorzubereiten, auf eine inhaltliche Auseinandersetzung, sondern auch tatsächlich mit Aktionen, wie kann man gegen diesen Staat, gegen Polizisten arbeiten. Das ist dann schon skurril, wenn wir denjenigen Räume bieten, die sich dort vorbereiten, um dann Angriffe auf uns zu verüben. Deswegen würde mich interessieren, wie mit weiteren Anfragen – wir haben sie gerade heute ja in der Presse gelesen – umgegangen wird, ob Sie da einen Sachstand haben.

Und mich würde interessieren, wenn ich die Fragen zusammenfassen darf, wie ... Sie sagten, die Unterstützung anderer Bundesländer, die erforderlich ist, ist die von jetzt an durchgängig gewährleistet, weil, schon jetzt erleben wir, dass die Polizisten wirklich am Limit arbeiten, wenn nicht darüber hinaus. Und neben den ernst gemeinten Worten, dass wir dafür höchsten Respekt haben, ist es, glaube ich, auch wichtig, dass fortlaufend Unterstützung ist. Das ist nicht von Hamburg allein zu wuppen, diese Veranstaltung. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen, ob das fortlaufend gewährleistet ist. Und mit weiteren Fragen melde ich mich dann wieder.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Herr Vorsitzender, Herr Gladiator, einmal zum ersten Punkt. Die Sicherheit während dieses Gipfels zu gewährleisten ist eine enorme Aufgabe für die Polizei, ist eine Riesenverantwortung, eine riesige Aufgabe. Es hat noch keinen vergleichbaren Einsatz gegeben. Insofern ist es wichtig, dass hier die Polizei auch in dem, was sie tut, die entsprechende Unterstützung und Rückendeckung hat. Das, was aus Sicherheitsgründen erforderlich ist, muss auch gemacht werden. Wir werden das – das war ja das Credo von Anfang an – auf das absolut Notwendige beschränken. Das haben wir auch während OSZE gemacht. Immer wenn man mit Kollegen aus anderen Bundesländern oder auch von der Bundesebene spricht und Alternativen zu dem erörtert, was wir hier machen, dann fällt das immer eher etwas einschneidender und etwas weiter aus als das, was wir machen. Das heißt, wir machen das, was man noch verantworten kann. Das lässt sich dann aber auch nicht weiter einschränken. Und da gibt es auch eine klare Verantwortung. Die liegt bei der Polizei und bei der Innenbehörde, bei niemandem anders. Und da gibt es auch keinen Spielraum für politische Aushandlungsprozesse, sondern das, was erforderlich ist, wird gemacht.

Zum Thema Camp. Bei Anmeldungen von Versammlungen – und als solche ist das ja gestern an die Versammlungsbehörde herangetragen worden –, bei denen außer dem Rechtskreis des Versammlungsrechts aufgrund des Ortes, an dem es angemeldet wird, noch andere Rechtsrahmen einschlägig sind, die nicht sozusagen durch die versammlungsrechtliche Behandlung schon mit umschlossen sind, wie in diesem Fall die Grün- und Erholungsanlagenverordnung, für die der Bezirk zuständig ist, dann wird das zunächst einmal da geklärt. Das heißt, wir haben das an den Bezirk überwiesen oder haben das dem Bezirk zugeleitet mit der Bitte zu prüfen, ob aus dortiger Sicht das genehmigungsfähig ist. Wenn es dort keine Zustimmung gibt, dann kann es auch von uns dort keine Zustimmung geben, will aber unabhängig von diesem formalen Gang auch doch hier sehr deutlich sagen, dass wir ein solches Camp außerordentlich kritisch sehen. Die polizeiliche Erfahrung von ähnlichen Anlässen ist, dass solche Camps eben eine ideale und auch als solche organisierte Anlaufstelle, logistische Zentrale, Rückzugsbereich gerade für die militanten Gipfelgegner darstellt, ist etwas, wo wir auch in diesem Fall, wenn wir uns den Anmelder und den Kontext angucken, auch Grund zu der Annahme haben, dass genau das auch ein Ziel ist. Und das ist etwas, womit wir unter den sehr schwierigen Rahmenbedingungen, die wir haben, hier für Sicherheit zu sorgen, mit denen wir polizeilich in diesem Kontext ganz schlecht umgehen können. Das ist eigentlich kaum händelbar. Und es ist auch angestrebt, eine für die Polizei nicht irgendwie handhabbare Situation zu erzeugen. Insofern wäre unser Votum, dass das möglichst nicht stattfindet.

Was die Unterstützung anderer Bundesländer auch im Vorfeld betrifft, muss man erst einmal sagen, wir haben allen Grund, da zur Dankbarkeit über das, was wir an Unterstützung aus den anderen Bundesländern erhalten, was wir schon während OSZE erhalten haben, was wir jetzt an Zusagen für den G20 haben und was auch jetzt schon im Vorfeld zur Unterstützung im Bereich Objektschutz geleistet wird ... Seitdem wir begonnen haben, Anfang April 2017, haben wir diese Unterstützung auch bekommen. Zu der Frage, ob das jetzt komplett durchgängig ist, würde ich einmal weitergeben, ob wir dazu etwas sagen können.

Herr Meyer: Na ja, es ist so, dass wir nach wie vor natürlich bei den anderen Ländern um Unterstützung anfragen und dass diese anderen Länder auch ihre Ereignisse haben. Da sitzt auch niemand auf der Reservebank und freut sich, dass Hamburg jetzt endlich anruft, sondern die haben Fußball, die haben andere Ereignisse, sodass das nach wie vor natürlich immer ein zähes Ringen ist. Aber man kann schon sagen, im Rahmen dessen, was wir einschätzen an Möglichkeiten der Länder, ist das in der Tat positiv. Und wir kriegen nach wie vor immer Kräfte. Vor allen Dingen in der Woche ist es so, dass wir die Kräfte bekommen. Am Wochenende ist es leider Gottes dann eben der König Fußball, den ich schon genannt habe, der sehr viel ausmacht eben, wo Deutschlands Polizei ziemlich belegt ist. Und da müssen wir dann selbst sehen, wie wir zurande kommen. Das ist aber auch nachvollziehbar.

Ich sag 'mal, grundsätzlich das, was geht, wird uns durchaus an Unterstützung zuteil. Und wir versuchen auch, in der Tat bei uns intern durch verschiedene Maßnahmen ein bisschen etwas abzufedern, denn in der Tat ist auch da bei uns in der Polizeiführung der Blick dafür da, dass es eben eine längere Strecke ist, die wir hier zurücklegen wollen, und nicht ein Hundertmeterlauf, sondern ich würde eher an einen Marathon denken, der bis Mitte Juli 2017 dann zu absolvieren ist.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider bitte.

Abg. Christiane Schneider: Bevor ich zu einigen Fragen komme – ich werde auch gleich mehrere, ähnlich wie Herr Gladiator, machen, damit es nicht zu lange dauert –, möchte ich doch mich dagegen verwahren, Herr Senator, dass Sie von einer van-Aken-Kundgebung reden. Das ist eine Kundgebung von einem breiten Bündnis. Und ich möchte mich eigentlich auch dagegen verwahren, dass – wie soll ich das sagen? – Sie für mich nicht nachvollziehbar davon ausgehen, dass das eine gewalttätige Demonstration wird.

Es gibt ein Bündnis, ein sehr, sehr breites Bündnis. Und es ist die Übereinkunft zwischen allen Beteiligten, die in diesem Bündnis sind, dass diese Demonstration bunt und fröhlich und laut werden soll, dass da jedermann und jedefrau mitgehen kann, alte Leute genauso wie Frauen mit Kinderwagen oder Männer mit Kinderwagen und genauso wie Menschen im Rollstuhl. Das ist die Übereinkunft. Und Sie deuten hier an, finde ich – und dagegen möchte ich mich einfach wirklich verwahren –, dass da sozusagen mit der Gewalt gedroht, gespielt und sonst etwas wird. Das, kann ich Ihnen sagen, ist nicht der Fall. Und eine Handhabe, sozusagen da gleich vielleicht mit einer Allgemeinverfügung zu kommen, sage ich, ist durch nichts gerechtfertigt. Das war eine Vorbemerkung, die ich mir nicht verkneifen konnte nach Ihren Worten, Herr Senator.

Und jetzt komme ich zur Versammlungsfreiheit. Jetzt ist die Versammlungsfreiheit ja nichts, was sozusagen auch noch übrigbleibt, wenn alle Dinge geklärt werden, geklärt sind, also die Sicherheitsfrage, sondern die Versammlungsfreiheit, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist ein Eckpfeiler unserer Demokratie. Das heißt, es ist ein Wert, der ganz, ganz oben steht. Und ich verkenne nicht, dass es berechnete Sicherheitsinteressen gibt. Kein Mensch hat Interesse an einem Anschlag oder an sonst etwas, aber das hätte man ja alles sich vorher überlegen können. Und jetzt hat man eine Situation, wo Sie natürlich die Sicherheit gewährleisten müssen, wo Sie aber auf der anderen Seite nicht von vornherein mit der Planung – ich sage es jetzt einmal etwas übertrieben – vielleicht eines räumlich begrenzten Ausnahmezustands in diese Auseinandersetzung gehen können.

Ich frage deshalb nach den Sicherheitszonen. Es gibt also zwei rund um die Messehalle, begrenzt, sagen wir einmal etwas enger, etwas weiter in Sicherheitszone 2. Dann gibt es eine um die Elbphilharmonie. Und jetzt fängt es ja schon an, problematisch zu werden mit den An- und Abfahrwegen, weil, Sie haben ja gesagt, es sind 6 500 Delegierte und 2 500 Medienvertreter. Ich gehe jetzt nur einmal von den Delegierten aus. Die wohnen ja irgendwie in Hotels, vermute ich, oder im amerikanischen Generalkonsulat. Und da wird es sehr viel An- und Abfahrwege geben. Und es wird sozusagen wahrscheinlich auch nicht ein kleiner schmaler zeitlicher Korridor sein, sondern es ist zu befürchten, wie es ja auch in dem einen Kooperationsgespräch gesagt worden ist, dass Demonstrationen unter dem Gesichtspunkt Sicherheitsinteressen, dass Demonstrationen im Bereich der Innenstadt nicht stattfinden sollen. Darum geht ja die Auseinandersetzung und damit wäre aber, würde ich sagen, dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit in keinster Weise Genüge getan.

Ich frage dann konkret, warum zum Beispiel soll es am Samstagmittag diese Blaue Zone – also, ich nenne die jetzt einmal Blaue Zone, ich weiß, Sie nennen sie nicht so, aber ich nenne sie so – geben wegen der An- und Abfahrt, wenn doch die Delegationen alle schon am Samstagnachmittag abreisen und am Samstagmorgen aus ihrem Hotel ausziehen. Das erschließt sich mir erst einmal nicht. Mir erschließt sich auch nicht, wieso das Heiligengeistfeld in der Blauen Zone liegt, wieso die Abschlusskundgebung nicht am Heiligengeistfeld an diesem 8. Juli 2017 soll stattfinden können. Und ich frage jetzt so nach dem, wie Sie das geschildert haben, insbesondere den 6. Juli 2017 ... Ich habe mir das noch einmal angesehen, wie das in Heiligendamm war. Da gab es ja dann eine Allgemeinverfügung, die Demonstrationen an mehreren Tagen, glaube ich, und zu vollen Zeiten verboten hat. Und ich hatte in einer Anfrage ja gefragt, ob die Behörde sozusagen eine Allgemeinverfügung zur Einschränkung des Versammlungsrechts plant, und Sie haben gesagt, die Überlegungen sind ja noch nicht abgeschlossen. Und deswegen würde ich Sie jetzt bitten, den Stand der Überlegungen vielleicht einmal uns mitzuteilen, ob das sozusagen ... Ich sag 'mal, das Szenario am 6. Juli 2017, kommt es zur Auseinandersetzung und kommt es dann zu einer Allgemeinverfügung, die Demonstrationen verbietet, ist das Gegenstand Ihrer Überlegung?

Vorsitzender: Bevor ich die Frage an den Senat weitergebe ... Also, ich habe bisher – ich weiß nicht, ob das die Mehrheit im Ausschuss auch so sieht – die Einlassung des Senators

so verstanden, dass da sauber getrennt worden ist zwischen dem Anmelder und der Einschätzung und dass dazwischen keine Verbindung war. Das heißt natürlich, die Frage, die Sie gestellt haben, die will ich jetzt nicht zensieren. Es war nur meine Einschätzung. Und wir wollen ja auch dafür sorgen, dass wir hier eine einigermaßen sachliche Ausschussberatung haben. Deswegen ist die Frage vielleicht noch zusätzlich, ob der Eindruck jetzt richtig ist oder das, was Frau Schneider hier gefragt hat. Herr Senator bitte.

Senator Grote: Also, ich will gern noch einmal etwas sagen zu der einen größeren Kundgebung, über die wir da sprechen. Die ist von Herrn van Aken angemeldet...

(Abg. Christiane Schneider: Und von zwei anderen!)

...und er ist ja sozusagen auch derjenige, der die Anliegen dieser Kundgebung da transportiert und auch öffentlich auftritt. Insofern habe ich mir einmal erlaubt, zur leichteren Erkennbarkeit und Unterscheidbarkeit das mit seinem Namen zu verbinden.

Es stimmt, dass er da nicht allein ist, sondern dass es eine Gruppe von Organisationen gibt, die diesem Aufruf folgen. Dazu muss man dann der Vollständigkeit halber auch sagen, dass es auch eine ganze Reihe von Organisationen gibt, die dem nicht folgen und die auch im Laufe der Zeit sich entschieden haben, andere Wege zu suchen, um mit anderen Kundgebungen einen anderen Rahmen für ihren Protest und für ihre Versammlung zu finden. Insofern ist das ein Spektrum. Wie breit das ist oder wie eingeschränkt das ist, muss man sich dann noch einmal genauer ansehen.

Sagen wir einmal so: Wir gehen davon aus, dass der größte Teil der Teilnehmer da friedlich sein wird. Aber es ist natürlich so, dass aus dem militanten gewaltbereiten Gipfelgegnerspektrum ausdrücklich und auf breiter Front für die Teilnahme an genau dieser Kundgebung auch geworben wird, sodass wir davon ausgehen, dass dem auch gefolgt wird und dass ein nicht geringer Anteil eben auch des aus unserer Sicht problematischen Teilnehmerpotenzials auf dieser Kundgebung dabei sein wird. Und wir hätten uns natürlich auch gefreut, wenn Herr van Aken sich da in irgendeiner Form distanziert hätte, gesagt hätte, ich möchte ausdrücklich nicht, dass jemand, der auch gewaltbereit unterwegs ist, an meiner Kundgebung teilnimmt,...

(Abg. Christiane Schneider: Das ist nicht seine!)

...ich verahre mich gegen den Aufruf und so weiter. Das hat aber alles nicht stattgefunden. Und insofern ist das für uns schon eine kritische Lage. Wir würden uns natürlich sehr freuen und wären sehr erleichtert, wenn sich das Bild von den Familien und den Kinderwagen verfestigen könnte. Wir sind im Moment da bei der Kundgebung noch nicht überzeugt.

Bei der Frage des Wertes der Versammlungsfreiheit, da haben wir, glaube ich, hier keine Differenz. Es gehört ja, sage ich, zu dem besonderen Wert des Gipfels in Hamburg, dass er unter einer so umfangreichen zivilgesellschaftlichen Begleitung einschließlich aller Versammlungen und Proteste und Plattformen und Initiativen und Aktionen und so weiter stattfindet wie wahrscheinlich noch kein Gipfel. Wenn wir allerdings zu einer Auslegung des Versammlungsrechts kämen, die bedeutet, dass der Gipfel eigentlich nicht mehr stattfinden kann, dann hätten wir, glaube ich, aber auch ein Problem. Unser Anspruch ist schon, dass beides stattfinden kann: der Protest gegen den Gipfel, aber der Gipfel selbst auch. Und wenn wir eine Situation erzeugen würden, indem solche Gipfelveranstaltungen hier eigentlich unter den Bedingungen unseres Versammlungsrechts nicht mehr durchführbar wären – das kann man ja finden –, aber dann erzeugen wir erst recht eine Situation, dass Gipfelveranstaltungen dieser Art nur noch in Ländern und unter Bedingungen stattfinden, wo es überhaupt keinen Protest und keine Versammlungsfreiheit und keine demokratischen Rechte gibt. Die Bilder von solchen G20-Gipfeln kennen wir auch, mit menschenleeren Innenstädten, wo einfach gar nichts passiert. Das wollen wir nicht, aber wir brauchen eine

Balance. Der Protest muss stattfinden, aber der Gipfel selbst auch. Insofern ist das eine sehr sorgfältige, sehr intensive Abwägung und Prüfung, wie wir das hinkriegen.

Die allermeisten Versammlungen und Aktionen stellen hier überhaupt kein Problem dar. Wir werden eine große Zahl von Veranstaltungen, Versammlungen über mehrere Tage in der gesamten Stadt überall haben. Insofern kann überhaupt nicht die Rede davon sein, dass wir hier Einschränkungen in Grundrechten in einem wirklich, sagen wir einmal, erheblichen Umfang oder in einer Art und Weise hätten, wo man sagt, hier sind wichtige Grundrechte nicht gewährleistet. Aber es gehört eben dazu und auch nicht nur im Rahmen des G20-Gipfels, dass das Versammlungsrecht auch nicht völlig grenzenlos und schrankenlos ist.

Und es ist ein ganz normales Geschäft zwischen der Versammlungsbehörde und dem Anmelder, dass dort ein Weg gesucht wird, wie man allen Interessen gerecht werden kann. Das sind Kooperationsgespräche. Die Versammlungsbehörde ist aufgefordert und verpflichtet, in einem kooperativen Umgang einen gemeinsamen Weg zu suchen. Das tun wir auch. Und es gibt regelmäßig immer auch Auflagen. Es gibt Hinweise, den Weg, einen anderen Kundgebungsweg, eine andere Strecke zu nehmen. Da findet Beratung statt, Austausch statt und in aller Regel einigt man sich dann auch, manchmal auch nicht. Dann ist das auch streitig. Das ist alles nichts Besonderes. Das kennen wir aus ganz vielen Versammlungslagen und aus dem Umgang mit ganz vielen Anmeldern. Und so ist es hier auch.

Wir haben zum Beispiel, weil Sie das eben angesprochen haben, mit der Kundgebung von Herrn Blechschmidt am Donnerstagabend überhaupt keine Schwierigkeiten. Da gibt es, soweit ich weiß, überhaupt keine nennenswerten Auflagen. Die Strecke ist unproblematisch. Das heißt, es geht uns jetzt nicht darum, möglichst stark eine Versammlung ... Selbst wenn wir sie kritisch finden, geht es uns nicht darum, die irgendwie einzuschränken, sondern wir müssen sehr genau gucken, wo ist die Grenze erreicht, wo es mit Sicherheitsbedürfnissen und -erfordernissen so hart kollidiert, dass es nicht mehr verantwortbar ist. Erst da ist die Grenze.

Und da muss man, glaube ich, schon sagen, dass die Kundgebung, die Herr van Aken einmal geplant hat, in ihren unterschiedlichen Gliederungen und mit dem Ziel, einen Ring um den Versammlungsort zu schließen und im Grunde genommen sozusagen das Gelände praktisch einzukesseln und eine Zufahrt und Abfahrt gar nicht zu ermöglichen, es sei denn durch die Kundgebung. Das ist natürlich nicht kooperativ angelegt, sondern da steckt natürlich auch ein Wille zur Blockade dahinter. Wir sind jetzt mit ihm in mehreren Gesprächen eigentlich, wie wir dachten, auf einem ganz guten Weg, weil jetzt große Teile der Strecke inzwischen auch unstrittig sind. Und wir sind auch bereit, diese Gespräche weiterzuführen, völlig klar. Also, insofern kann auch gar nicht von Verboten oder so die Rede sein, sondern es geht darum, dass nicht jede gewünschte Strecke in vollem Umfang so gegangen werden kann. Das ist aber kein Entzug demokratischer Grundrechte, wenn man die Strecke ein bisschen anders wählt, als man sie sich vielleicht ursprünglich einmal gedacht hat. Das ist ein normales Geschäft und das machen wir so hier auch. Und das wird dazu führen, dass wir bestimmte sensible Bereiche haben, wo dann die Strecke nicht durchgehen kann. Und dazu gehört auch das Heiligengeistfeld.

Wir haben uns bemüht, sozusagen ein sich Heranbewegen an den Ort des Gipfels so dicht wie möglich zuzulassen und zu gucken, diese Grenze möglichst spät zu ziehen, aber wir können sie nicht erst auf dem oder nördlich des Heiligengeistfeldes ziehen. Es ist zu dicht am Veranstaltungsort Messegelände dran, sondern wir werden im Bereich Millerntorplatz und der gesamten Umgebung, wird es die Möglichkeit – nach jetzigem Stand der Gespräche und nach unserer aktuellen Einschätzung – wird das der Ort sein, wo eine Schlusskundgebung stattfinden kann. Das sind wenige 100 Meter vom Messegelände. Ich habe keinen Zweifel daran, dass das ausreichend auch spürbar und erfahrbar und dass das mitbekommen werden kann auch von den Gipfelteilnehmern. Darüber hinaus ist aus

polizeilicher Sicht ein weiteres Heranrücken auch dieser ja sehr angekündigten, sehr großen Zahl mit dem von uns eingeschätzten auch gewaltbereiten Potenzial mit zum Teil ja Ankündigungen, man wolle die Rote Zone stürmen und Ähnliches, ist ein näheres Heranrücken aus unserer Sicht polizeilich nicht verantwortbar. Und wir hoffen sehr, dass wir diese Einsicht auch beim Anmelder noch dann finden.

Vorsitzender: Erneute Wortmeldung oder eine Nachfrage?

Abg. Christiane Schneider: Nein, eine Nachfrage, weil ... Vielleicht habe ich das nicht deutlich genug ausgedrückt, aber ich wollte schon wissen, wie intensiv oder extensiv die Innenstadt sozusagen gesperrt wird.

Vorsitzender: Herr Senator?

Senator Grote: Also: Unsere Aufgabe ist schon, die Protokollstrecken so freizuhalten, dass sich die Delegationen – das heißt jetzt nicht jeder, der sich irgendwie im Kontext mit diesem Gipfel in der Innenstadt bewegt –, aber die Delegationen dort bewegen können. Und insbesondere geht es natürlich um die Delegationen mit einem entsprechenden Schutzstatus auch. Und da gibt es noch keine abschließende Einschätzung, wie viele das sind, aber da steckt ein bestimmtes Aufkommen an Verkehr und auch sozusagen vorgehaltener Bewegungsfreiheit drin. Denn wir werden schon diese Wege auch für Eventualitäten freihalten müssen, weil wir nicht präzise vorhersagen können, wann welche Strecke von wem genutzt werden wird. Wir werden darauf achten, dass wir bestimmte Bereiche zum Beispiel der HafenCity rund um die Elbphilharmonie ... Wenn die Veranstaltung dort durch ist, dann können da im Anschluss auch wieder Versammlungen stattfinden, aber in anderen Bereichen, wo laufend der Kolonnenverkehr ist, da wird es sehr schwierig. Und das sind natürlich die Strecken zwischen den Veranstaltungsorten und Hotels. Und das sind auch die Strecken von und zum Flughafen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Jarchow bitte.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Vielen Dank. Daran anschließend noch einmal ganz konkret meine Frage, weil das ja sehr umstritten war. Ist es geplant, dass es verhindert wird, dass die Demonstrationen durch die Mönckebergstraße/Neuer Wall geführt werden? Wenn das so ist, wie will man dann die Zugänge zu den Geschäften, zu den Gewerbetreibenden dort sichern beziehungsweise auch absichern? Das würde mich interessieren.

Zweiter Punkt ist ein bisschen die Informationslage untereinander. Das heißt, erstens hat man uns berichtet, dass während des OSZE-Gipfels auch in der Umgebung um das Messegelände und dergleichen eine Störung im WLAN- und Mobilfunknetz gegeben hat. Erwarten Sie das wieder für die Zeit? Das ist die eine Frage.

Die andere Frage ist die: Auf der anderen Seite ist uns auch von Polizisten im Einsatz berichtet worden, dass die Kommunikation untereinander über Polizeimedien überhaupt nicht funktioniert hat und man auf private Handys zurückgreifen musste. Ist dieser Fall auch von Ihnen für diesen Einsatz bedacht worden? – Danke schön.

Vorsitzender: Herr Senator?

Senator Grote: Zur Frage Innenstadt. Ich hatte ja schon ausgeführt, dass wir die Strecken zwischen den Veranstaltungsorten und auch Strecken zwischen Veranstaltungsorten und Hotels besonders schützen müssen. Das wird dazu führen, dass wir aus heutiger Sicht im Bereich Mönckebergstraße – und was war das andere?

(Zurufe: Jungfernstieg, Neuer Wall!)

–, Jungfernstieg, Neuer Wall im Moment nicht mit Kundgebungsstreckenverläufen rechnen.

Was die Absicherung der Geschäfte betrifft, wir haben im Moment für keinen Ort der Stadt eine derartige, konkrete Gefährdungseinschätzung, dass wir sagen würden, ihr müsst jetzt eure Geschäfte verbarrikadieren. Das haben wir dem Trägerverband Innenstadt oder City-Einzelhandel auf Anfrage von Frau Engler auch schriftlich mitgeteilt.

Zum Thema Störung des WLAN-Netzes – ja, ich weiß nicht, ob wir dazu er... Also wenn wir jetzt schon wüssten, welche Störungen wir ganz genau zu erwarten haben, wären wir in einer komfortablen Situation. Das ist nicht so. Wie das beim letzten Mal gewesen ist, weiß ich, ehrlich gesagt, gar nicht. Auch zur Frage Kommunikation intern würde ich einmal weitergeben.

Herr Meyer: Da würde ich den Polizeiführer bitten, Herrn Dudde.

Herr Dudde: Herr Vorsitzender, verehrte Damen und Herren. Das Thema Kommunikation ... also WLAN spielt bei uns im Einsatz keine Rolle, das wäre ein Netz, das wir nicht benutzen würden. Generell gilt bei uns, dass wir funkverbunden sind. Wir haben das beste Digitalfunknetz in ganz Deutschland. Und die Störungen, die aufgetreten sind, das hat einfach etwas mit der Menge der vorhandenen Kanäle zu tun, weil, bei einer derartig großen Zahl von Polizisten in der Stadt möchte gern jeder seinen eigenen Kanal haben. Das kann man aber nicht mehr gewährleisten. Und wir haben gemerkt, dass es ein, zwei Ecken in Hamburg gegeben hat, die hier gerade im Innenstadtbereich sind, die nicht die nötige Ausleuchtung hatten. Zumindest auch gerade für den Bereich Jungfernstieg, wird das von einer autorisierten Stelle gerade behoben. Insofern mache ich mir darüber keine Gedanken. Aber, das ist Physik, es gibt eine begrenzte Zahl von Kanälen. Mehr gibt es nicht. Es gibt auch kein zweites Netz oder irgendein anderes Netz, was wir benutzen könnten. Insofern werden wir auch da mit den Ressourcen, die wir haben, umgehen müssen, und ich bin mir sicher, dass wir das auch wieder gut hinkriegen.

Und das Thema private Handynutzung, wir arbeiten daran. Es bleibt dabei, wir sind eine Organisation, die funkverbunden arbeitet. Alles andere ist nice to have, ist aber nie ein Einsatzmittel, was tatsächlich einsatzentscheidend ist. Das ist einfach dann nur noch ein Hilfsmittel, ein kleines. Und wenn es einmal nicht funktioniert, wird der Einsatzverlauf darunter nicht leiden. Wir arbeiten aktuell an Modellen, auch mit befreundeten Bundesländern, wie man auch gegebenenfalls über Handynetze ein gesichertes Netz hat, in dem man dann kommunizieren kann, und sind uns eigentlich sehr sicher, dass wir das zum Thema G20 dann auch erledigt haben.

Vorsitzender: Aber ich gehe davon aus, dass wir zu allen Bundesländern ein freundschaftliches Verhältnis haben.

Herr Dudde: Zu einigen ein ganz besonders schönes.

Vorsitzender: Wunderbar, wunderbar.

Vielen Dank. Herr Warnholz bitte.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Herr Senator, ich habe drei Fragen. Frage 1 ist: Sie haben vorhin von der Aufgabe gesprochen, die Polizei und die Feuerwehr leisten den Dienst. Ich vermisse bei Ihren Ausführungen, würde das auch gern angesprochen haben, weitere Hilfsdienste, die Sie da meiner Meinung nach unbedingt benötigen. Ich würde gern die Frage beantwortet haben, wie weit Sie oder wie weit Hamburg Unterstützung bekommt von der Bundespolizei. Das wäre die erste Frage.

Die zweite: Wird es vor dem eigentlichen Gipfel über die Medien vielleicht – und dann haben Sie ja, ich sag 'mal, schon fast einen Stand, weil er ja unmittelbar bevorsteht, hier dieser Gipfel –, gewisse Hinweise, eine gewisse verstärkte Aufklärung über die Medien geben, um gewisse Verhaltensweisen zu geben, falls es doch anders sein sollte, wie Ihre Vorstellung, die Sie hier skizziert haben – und ich glaube da nicht dran, ohne Schärfe reinzubringen. Bisher habe ich mich sehr zurückgehalten, glaube ich auch. Aber das würde ich gern wissen, was macht man dort. Ist darüber nachgedacht worden, dass man bestimmte Verkehre vielleicht an zwei oder drei Tagen einstellt? Wenn ich allein an die ganzen Paketdienste denke, wenn ich an die ganzen Gastronomie- und Selbstbedienungsläden und Großmärkte denke, die auch in diesem Bereich irgendwo beliefert werden müssen, die ja auch ihre Ware erhalten müssen, damit das Geschäft auch weiterläuft, gibt es da oder wird es da besondere Vereinbarungen oder Abmachungen geben, um vielleicht auch etwas übersichtlicher zu werden, insbesondere für die Polizei im Rahmen der Aufklärung und der Überwachung?

Und die dritte Frage, die ich habe: Wird es zeitweise ein sogenanntes Flugverbot geben? Nicht nur für Flugzeuge, Hubschrauber, sondern ich bitte, auch ganz besonders einmal auf den Einsatz von Drohnen zu achten. Wir wissen alle, was Drohnen anrichten können, die auch verstärkt ja für die Aufklärung eingesetzt werden. Ich will auch nicht gleich von Terroristen sprechen, aber ich denke, darüber sollte man nachdenken. Man kann doch ein sogenanntes Drohnenverbot, wie es einige Bundesländer bereits gemacht haben, für bestimmte Örtlichkeiten zeitweise aussprechen. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Zum ersten Punkt. Ich habe mich bemüht, in meiner Einführung, die, glaube ich, sowieso schon nicht übermäßig knapp war, jetzt das auf ein paar wesentliche Aspekte trotzdem einigermaßen zu konzentrieren. Aber Sie haben recht, selbstverständlich sind wir auch in hohem Maße auf die Hilfsorganisationen angewiesen, die uns beim OSZE sehr intensiv unterstützt haben und das auch diesmal wieder tun werden. Das betrifft natürlich THW, das betrifft aber auch die Hilfsorganisationen, die uns im Bereich Rettungsdienst, Sanitätsversorgung unterstützen. Das gilt in besonderem Maße natürlich auch, nicht nur für die Berufsfeuerwehr, sondern die Freiwillige Feuerwehr, muss man sagen, die eine Riesenleistung da erbringt. Und selbstverständlich, auch wenn das nicht im eigentlichen Sinne eine Hilfsorganisation ist, ist die Bundespolizei selbstverständlich wie beim OSZE-Gipfel in den polizeilichen Einsatz komplett integriert. Die Bundespolizei nimmt einmal teil an der Hamburger Einsatzorganisation und ist dort mit Einheiten integriert wie bei OSZE und sie hat darüber hinaus auch ihre eigene Einsatzorganisation, weil sie natürlich auch bundesweit Aufgaben hat im Kontext mit G20. Das heißt, im Bereich der Grenzen zu den Nachbarländern, das heißt, auf den Bundesverkehrswegen, Autobahnen, Streckennetz, Bahnhöfe und so weiter, Schienenstreckennetz, auf Flughäfen. Da wird selbstverständlich auch die Bundespolizei zum Einsatz kommen.

Zum Thema Verhaltensweisen. Offen gestanden, also, bei aller Ernsthaftigkeit der Lage, die uns da bevorsteht, sehen wir im Moment keinen Grund – das habe ich vorhin auch gesagt – von einem stadtweiten Ausnahmezustand irgendwie auszugehen. Und wir wollen auch nicht so tun, als ob das so auf uns zukommt. Das sollte man auch nicht. Wir haben gesagt, wir wollen die Einschränkungen für die Bevölkerung so gering wie möglich halten. Das heißt, wir werden jetzt nicht alle möglichen Vorkehrungen für Szenarien treffen, für die wir keinerlei konkrete Hinweise oder Wahrscheinlichkeiten haben, dass sie uns auch genauso treffen können. Das, was denkbar ist, ist ein Riesenspektrum, darauf kann man sich gar nicht vorbereiten, sondern wir bereiten uns auf das Wahrscheinliche, nicht auf das theoretisch Mögliche vor. Das tun wir aber auch. Und da gibt es aber jetzt keine aus unserer Sicht konkrete Maßnahme, bestimmte Ver..., also dass zum Beispiel keine Paketauslieferungen stattfinden sollen an diesen Tagen. Dafür gibt es keinen konkreten Anlass, so etwas zu verfügen. Das wäre auch ganz schwierig zu sagen, bestimmte Verkehre können an dem ...

Der eine darf fahren, der andere nicht, bestimmte gewerbliche Verkehre ja, andere gewerbliche Verkehre nicht, bestimmte private Verkehre ja, andere nicht, das ist nicht so.

Was wir machen, ist, dass wir sagen, wer es vermeiden kann, im Bereich Innenstadt und Flughafenstrecken unterwegs zu sein, sollte es vermeiden. Er sollte möglichst, wenn es eine Alternative für ihn ist, auf öffentlichen Personennahverkehr umsteigen, insbesondere auf U- und S-Bahn. Und natürlich muss jeder die Lage auch für sich ein bisschen weiter aufmerksam verfolgen. Davon werden wir überhaupt niemanden befreien können. Man muss die Augen und die Ohren offenhalten, weil Einschätzungen sich verändern können. Und das wird sich, je näher wir an den Gipfel kommen, immer weiter konkretisieren. Ja, wir können nicht jetzt für hypothetische Szenarien irgendwelche Verhaltensmaßnahmen hier ausgeben. Aber wir werden gerade auch natürlich die Menschen in den besonders betroffenen Quartieren, rund um das Messegelände und in der HafenCity, fortlaufend ständig informieren über das, was dort für sie auch konkret zu erwarten ist. Das machen wir selbstverständlich, das haben wir schon vor und während des OSZE-Gipfels gemacht. Das machen wir jetzt noch einmal in erheblich ausgeweitetem Umfang. Also das wird jetzt im Mai schon losgehen. Da wird sozusagen jeder alle Frage stellen können, die er stellen möchte. Das ist ja auch sehr individuell, die Menschen haben ganz eigene Pläne für die Tage und wollen wissen, geht dies, geht das, und das muss man individuell beantworten, da können wir keine allgemeinen Regeln herausgeben. So.

Und zum Thema Flugverbot: Selbstverständlich gibt es auch sozusagen eine Sicherung des Luftraumes, auch zum Teil mit Flugverboten. Da gibt es auch Regeln für Drohnen, da kann aber am besten der Polizeipräsident oder der Polizeiführer etwas zu sagen.

Herr Meyer: Na ja, also wir würden jetzt ungern hier verraten, wie wir taktisch mit Drohnen umgehen. Also, das würde ich schon sagen, dass das ...

(Abg. Karl-Heinz Warnholz: Das sollen Sie auch nicht!)

Nein, genau. Das haben Sie ja so ...

(Zuruf Abg. Karl-Heinz Warnholz)

Genau. Und wenn, kümmern wir uns, es gibt auch ein Konzept dafür. Also wenn es möglich sein wird, so etwas zu verbieten, dann wird man es auch verbieten. Das ist wahrscheinlich etwas schwieriger. Da übergebe ich noch einmal an Herrn Dudde.

Herr Dudde: Flugverbotszone, die richten wir natürlich ein. Die müssen wir einrichten. Die Flugverbotszone inkludiert Drohnen. Das betrifft dann auch den Vierzehnjährigen mit seiner Aldi-Drohne. Die darf dann genauso wenig fliegen wie ein High-End-Produkt für 50 000 Euro. Das ist in Flugverbotszonen mit inkludiert. War auch beim letzten Mal schon so.

Vorsitzender: Vielen Dank. Für eine Nachfrage, Herr Warnholz?

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Nein, ich bin sehr zufrieden.

Vorsitzender: Wunderbar. Das kommt auch ins Protokoll. Herr Nockemann bitte.

Abg. Dirk Nockemann: Ja. Herr Senator, erst einmal recht herzlichen Dank für die sehr deutliche Lageeinschätzung, die Sie uns hier geliefert haben, insbesondere auch mit Ihrer Schilderung der van-Aken-Demonstration, wie dieser Ringschluss um das Messegelände vielleicht einmal geplant war. Das zeigt mir, dass Sie von einer sehr realistischen Lageeinschätzung ausgehen. Bei dieser Lageeinschätzung, bei der Vielzahl der Polizeibeamten, die eingesetzt werden, und auch bei der Gesamteinsatzleitung bin ich davon

überzeugt, dass jeder, der sich Hoffnungen darauf macht, den Betrieb in dieser Stadt dann lahmlegen zu können, dass diese Hoffnungen nicht erfüllt werden.

Ich habe aber noch einige Nachfragen. Ausländische Gewalttäter oder potenzielle Gewalttäter sollen bereits daran gehindert werden, das Staatsgebiet Deutschlands oder der Stadt Hamburg zu betreten. Nun kenne ich es ja aus dem Bereich der Fußballspieler mit Hooligans, da hat man ja Rechtsgrundlagen. Mich würde einmal die Rechtsgrundlage dafür interessieren, wie es sich verhält, wenn man über Tage und Wochen potenziellen ausländischen Gewalttätern, die ja teilweise bekannt sind, die Einreise nach Deutschland verbieten möchte.

Nächste Frage ist die Unterbringung der auswärtigen Polizeibeamten, das sind ja mehrere Tausend. Wie sind die untergebracht? Sind die adäquat untergebracht oder muss man nach der Kundgebung, nach dem Gipfel wieder lesen, dass die Polizeibeamten in unwürdigen Hallen untergebracht worden sind, dort, wo es stinkt und muffelt und keine Möglichkeiten zur Hygiene gegeben sind?

Dann sprachen Sie oder der Polizeipräsident im Rahmen der Einführung davon, ein Amtshilfeersuchen an die Bundeswehr sei noch nicht gestellt

(Abg. Christiane Schneider: Doch! Zwei!)

- oder seien gestellt. Welcher Art sind diese Amtshilfeersuchen, was beinhalten die?

Herr Senator, Sie machen dann eine Ausführung, wenn Sie mit Kollegen aus anderen Bundesländern sprächen, dann hätten die immer noch weitergehendere Vorschläge als das, was Sie in Hamburg erwägen, aber Sie selbst machten nur das, was man hier verantworten kann. Soll das denn dann bedeuten, dass das, was Ihnen die Polizeikollegen aus anderen Bundesländern vorschlagen, nicht vertretbar ist rechtlich oder warum halten Sie sich dann nicht daran?

Dann noch ein paar Anmerkungen. Mich wundert, dass zum Beispiel im Bürgerhaus Wilhelmsburg entsprechende Veranstaltungen stattfinden können von Linksextremisten, die darauf hinauslaufen, welche Aktionen geplant sind im Rahmen dieses G20-Gipfels, dass man aber der AfD die Nutzung dieses Bürgerhauses unmöglich macht.

Dann, Frau Schneider, sprachen Sie an, Demonstrationenfreiheit sei schließlich ein Grundpfeiler der Demokratie.

(Zuruf Christiane Schneider: Ja, für Sie nicht!)

Das nehme ich ... für mich nicht, Sie haben es jetzt ausgeführt, ja. Das heißt, das, was Sie hier von sich geben, ist ja nichts weiter als hohles Geschwätz.

Und dann noch etwas. Kinderwagen, sagten Sie, seien auch bei solchen Demonstrationen. Und ich sage Ihnen, ich habe schon Demonstrationen erlebt, da wurden Kinderwagen aus ganz bestimmten Gründen eingesetzt, nämlich um den Einsatz von Wasserwerfern zu erschweren. Ich hoffe, so etwas ist nicht geplant. – Danke schön.

Vorsitzender: Ich würde vielleicht doch einmal an alle Beteiligten appellieren – die Präsidentin benutzt dann immer den parlamentarischen Sprachgebrauch. Ich glaube, das ist eine richtige Formulierung, dass man auch bei der Formulierung der Fragen oder der eigenen Anmerkung darauf achtet, dass dann hier immer noch das erkenntnisorientierte Sachinteresse im Vordergrund steht und nicht anderes. Daran würde ich erinnern und hoffen, dass das in der weiteren Debatte dann auch Platz greift. Herr Senator bitte.

Senator Grote: Aus dem Ausland einreisende Gewalttäter, das ist ein Teil der polizeilichen Herausforderungen und es gibt unsererseits eine hohe Aufmerksamkeit auf diesem Thema und auch verschiedene Ebenen, auf denen wir damit umgehen. Das beginnt schon im Heimatland mit einem entsprechenden Kontakt auch mit den dortigen Sicherheitsbehörden, setzt sich fort über den Anreiseweg, für den die Bundespolizei dann auch unterstützt. Und diejenigen, die dann hier ankommen, um die kümmern wir uns dann. Ich würde allerdings aus polizeitaktischen Gründen jetzt nicht die genauen Maßnahmen mit ihren Rechtsgrundlagen hier aufzählen.

Unterbringung der auswärtigen Polizisten: Also, "wieder unwürdig untergebracht" kann sich nicht auf etwas in der jüngeren Vergangenheit in Hamburg beziehen, denn wir haben schon beim OSZE-Gipfel sehr hohe Sorgfalt darauf verwandt, dass die auswärtigen Kolleginnen und Kollegen hier sehr, sehr ordentlich und anständig betreut wurden, sowohl die Unterbringung als auch die Verpflegung. Wir haben dazu sehr positive Rückmeldungen bekommen und wir haben ... Das ist ein Standard, den unsere Kolleginnen und Kollegen nicht überall vorfinden, wenn sie zur Unterstützung hinfahren. Wir werden das selbstverständlich auch beim G20-Gipfel so auf diesem Niveau weiterführen und die Zimmer sind alle gebucht. Das ist ein erhebliches Kontingent, aber das war zu bewältigen und alle werden ordentlich untergebracht.

Die Bundeswehr unterstützt, insbesondere ist es so, dass wir, also das ist ja auch nichts Neues, dass wir bestimmte unterstützende Leistungen der Bundeswehr in Anspruch nehmen. In diesem Fall ist es das Bundeswehrkrankenhaus, bei dem die ärztliche Versorgung der verletzten Kolleginnen und Kollegen erfolgt. Das entlastet natürlich auch dann die zivilen Krankenhäuser. Und es gibt eine Reihe von technischen Unterstützungsleistungen, so etwas wie ein Flugverbot und eine vernünftige Luftraumüberwachung. Das machen wir bei der Polizei nicht, jedenfalls nicht auf dem Niveau, wie wir es jetzt brauchen. Das heißt, das ist etwas, was die Bundeswehr macht, und dann gibt es das eine oder andere an technischem Gerät, aber alles im Rahmen der ganz normalen technischen Unterstützung.

Weitergehende Vorschläge. Es ist natürlich so, dass in solchen Diskussionen, die man da führt, es immer ganz viele Ideen gibt, was man machen kann, und dass es gerade auch auf der Bundesebene auch natürlich eine hohe Sensibilität gibt, dass das auch alles natürlich hier sehr sicher sein soll. Für jemanden, der Hamburg nicht so gut kennt, der kann dann auch schnell alle möglichen Vorschläge entwickeln. Das ist aus der Ferne immer etwas schwierig. Wir haben hier eine große Expertise, wir wissen, wie wir das machen, wir haben es bei OSZE erprobt, es hat sich bewährt, und am Ende kennt niemand die Stadt besser als unsere Polizei. Und deswegen ist es so, dass wir diese Maßnahmen verantworten und wir auch dieses Einsatzkonzept so aufgestellt haben. Das wird auch in vollem Umfang den Anforderungen gerecht. Ich wollte damit ein bisschen plastisch machen, man kann auch noch ganz andere Dinge diskutieren, als das, was wir jetzt machen. Es geht ein bisschen in Richtung derjenigen, die so das Gefühl haben, hier werden über Gebühr die Grundrechte eingeschränkt. Das ist nicht so, sondern wir machen nur die Dinge, die aus Sicherheitsgründen unabdingbar sind, die allerdings machen wir auch, darauf kann sich jeder verlassen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Frau Möller bitte.

Abg. Antje Möller: Ja, ich möchte gern einmal auf einen anderen Aspekt eingehen, also bezogen auf das Versammlungsrecht und mögliche Einschränkungen und zu unserem hier über die Fraktionen hinweg politischen Streit darum, von dem ich glaube, dass wir den auch noch an anderer Stelle immer wieder haben werden, weil es ja bei dem Thema eine polizeiliche Einschätzung gibt, Erkenntnisse, es gibt Erfahrungen und so weiter, und es gibt bestimmte Erwartungen von bestimmten Seiten, sagen wir das einmal jetzt so. An der Stelle

sind ja die Auswirkungen auch auf den notwendigen Polizeieinsatz noch relativ unklar. Und andererseits haben Sie doch aber – so habe ich Sie jedenfalls verstanden – auch schon ganz klar festgelegte Einsätze, die vor allem daraus resultieren, dass es also einerseits diese Protokollstrecken gibt, dann diese Begleitaufgaben von und zum Flughafen und möglicherweise noch an andere Orte. Vielleicht könnten Sie noch einmal ein bisschen darstellen, also ganz banal gefragt, wie das denn auch praktisch funktioniert. Sind das sozusagen durchgängig rot geschaltete Strecken für alles, was bestimmte Straßen kreuzen würde über viele Stunden? Wird das durch Ampeln sichtbar oder wird das durch eine Art Polizeikorridor sichtbar werden? Und damit verbunden auch die Frage also, ist das sozusagen dauerhaft eingerichtet oder reden wir hier über Sperrungen und über Situationen, bei denen tatsächlich kein weiterer Verkehr möglich ist außer das Durchführen dieser Kolonnen, die sich auf bestimmte Stunden dann wahrscheinlich konzentrieren werden, weil das natürlich dann schon ... Also wenn man sich das sozusagen als Zweitagesmodell vorstellen muss, dann würde ich nicht so ganz dem zustimmen, was Sie vorhin gesagt haben, dass es sozusagen keinen gesamtstädtischen Ausnahmezustand, so haben Sie das gesagt, geben wird. Also rein von dem sich Bewegen mit Fahrzeugen im öffentlichen Raum, würde das ja dann doch fast so sein, denn das betrifft ja auch tatsächlich dann nicht nur Auto fahrende Menschen, sondern auch sich zu Fuß oder mit Fahrrad oder sonst wie bewegende.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Also es gibt sozusagen einen Unterschied zwischen dem normalen Gemeingebrauch dieser Strecken, dass da auch der Verkehr fließen kann, und der Frage, in welcher Nähe dazu können Versammlungen stattfinden. Das heißt, es ist nicht so, dass die Strecken komplett alle gesperrt sind während des gesamten Gipfelzeitraums. Sie müssen nur sehr schnell sperrbar sein. Und wie sich das konkret vollzieht, wie die Kolonnen sich dort durchbewegen, da würde ich noch einmal an Hartmut Dudde weitergeben.

Herr Dudde: Also eigentlich haben Sie alles gesagt, denn ja, das ist natürlich Taktik, die sehr sensibel betrachtet wird. Wir werden keinen Korridor freihalten ständig während der gesamten Gipfelzeit, sondern wir haben mehrere Optionen, die wir uns immer gemäß der Lage angucken werden, welche wir dann auch nutzen. Und wir haben natürlich dann im Bereich der Messe, der Hotels und auch der Elbphilharmonie Muss-Strecken, weil, es gibt nur bestimmte Wege, wie man da hinkommt, und die werden dann sicherlich entsprechend geschützt. Allerdings werden wir die versuchen, so kurz wie möglich zu machen, weil der Aufwand, genau diese zu schützen, enorm groß ist. Allerdings wird, wie gesagt, wenn man jetzt vom Flughafen runterfährt aus Fuhlsbüttel hierher, ja, es wird dann immer im Querverkehr Einschränkungen geben, die genauso lange dauern, wie die Kolonnen sind. Man muss aber auch da sagen, es gibt Unterschiede in der Gefährdungstufe der Kolonnen und wenn jetzt der argentinische Ministerpräsident, ohne ihn herabwürdigen zu wollen, fährt, wird das Bild ein anderes sein, als wenn Herr Trump oder Herr Erdogan vom Flughafen hierher verlegen(?). Aber noch einmal auf die Kernfrage, es wird keine dauerhaften Streckenfreihaltungen geben, zumindest auf den Haupttrouten.

Vorsitzender: Vielen Dank. Eine Nachfrage, Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, kann ich noch einmal etwas nachfragen? Gibt es denn auch rein protokollarische Begleitungen? Oder werden die eingestellt und es geht sozusagen immer darum ...? Also, wir haben ja sehr viel dekorative Begleitungen auch bei bestimmten Staatspräsidenten.

(Zuruf Abg. Karl-Heinz Warnholz: Mit einem Pferd vorweg!)

– Das mit den Pferden wollte ich jetzt nicht vorschlagen, Herr Warnholz.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Also wenn das die Richtung der Frage war, es fährt nicht die gesamte amerikanische Delegation auf einmal los, weil, dann hätten wir doch irgendwie eine schwierige Situation. Also das, was da noch so an interessanten, wie soll ich sagen, Assistenzkräften mit im Tross sich bewegt, worüber man ja auch schon einiges lesen konnte, das ist nicht alles immer auch gleichzeitig auf der Straße, sondern das sind dann wirklich so Kerndelegationen.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Gladiator bitte.

Abg. Dennis Gladiator: Ich möchte kurz auf Frau Möller eingehen, weil Sie sagten, es könnte weitere Diskussionen geben und Sie sagten, es gibt auch Erwartungshaltungen, die es an die Polizei gibt, und da guckten Sie so ein bisschen zu uns. Ja, gibt es. Es gibt genau zwei Erwartungshaltungen, dass sie die Sicherheit aller Menschen in dieser Stadt während und vor dem Gipfel und auch danach sicherstellt und dass sie das tut, was auch ihre Kernaufgabe ist, die Grundrechte und die Grundrechtsausübung aller Menschen sicherzustellen. Und da stört es dann durchaus manchmal schon, wenn der Eindruck erweckt wird, hier würde die Polizei von sich aus ein Risiko für unsere Grundrechte und die Ausübung sein. Ganz im Gegenteil, das sind diejenigen, die dafür sorgen, dass wir alle sie tagtäglich ausüben können, auch wenn andere uns darin einschränken wollen. Das ist die klare Erwartungshaltung. Und ich bin dem Senator dankbar, dass er gesagt hat, dass es da auch keine weitere politische Einmischung geben wird. Das ist, glaube ich, das, was der Polizei da auch am wichtigsten ist, und die Rückendeckung, die Sie angesprochen haben, die sie auch braucht.

Ich habe noch einige Fragen. Ich fasse sie wieder kurz zusammen. Das eine ist die Gefangenensammelstelle, die 400 Plätze, die Sie vorhalten. Wie kommen Sie auf diese Größenordnung? Weil, wenn man sich andere Gipfel anschaut, die hatten eine höhere Nachfrage nach solchen Plätzen, weil die Nachfrage noch größer war. Wie kommen Sie auf 400? Halten Sie das für ausreichend? Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Vielleicht können Sie noch einmal ein, zwei Sätze sagen zum Thema Schutz der eingesetzten Kräfte. Also sowohl der Polizeikräfte als auch die der Feuerwehr und auch der Hilfsorganisationen. Was wird unternommen, um auch hier vor Angriffen zu schützen? Einiges war in den Medien zu lesen. Vielleicht können Sie da einen aktuellen Sachstand geben. Vielleicht können Sie, weil das Herr Jarchow angesprochen hatte, Kommunikation ..., es gab beim OSZE-Gipfel mit dem Messenger 24 das eine oder andere Problem. Sie hatten auf eine Anfrage geantwortet, daran wird gearbeitet. Vielleicht können Sie da einen aktuellen Sachstand geben, weil das ja durchaus ein relevantes Kommunikationsmittel auch ist.

Und dann die vorletzte Frage. Wir hatten die Diskussion, wie sicher sind diese Betonblöcke zur Absicherung. Da gab es ja diese DEKRA-Einschätzung und auch die Einschätzung der DEKRA, die seien nicht sicher genug. Werden Alternativen geprüft? Sie werden heute mit Sicherheit nicht verraten, welche und wenn es dann welche wären, aber setzt man nur darauf oder gibt es Alternativen? Das würde mich interessieren.

Und die allerletzte Frage, die auch in andere Ausschüsse passen könnte. Wir hatten gestern eine Veranstaltung zum Thema G20 unter anderem mit der Bürgerschaftspräsidentin und da gab es die Anregung, für diejenigen, die sich nicht einfach so aus der Stadt fernhalten können und zu Hause bleiben können, also die Obdachlosen, die in der Stadt sich aufhalten, hier übernachten, ob es die Möglichkeit gäbe, um auch die zu schützen. Wenn es Ausschreitungen gibt, ob man das Winternotprogramm ab einer Woche vor dem Gipfel öffnen kann, um für diejenigen auch eine Anlaufstelle zu geben oder, wenn es das Winternotprogramm nicht ist, andere Räumlichkeiten. Ich fand das eine sehr nachvollziehbare Überlegung. Das werden Sie heute vielleicht nicht abschließend

beantworten können, aber vielleicht können Sie das mitnehmen, ob auch, um an diejenigen zu denken, da etwas machbar ist.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Ja, Schutz der Kräfte. Bei der Polizei ist, glaube ich, klar, die Ausrüstung, Ausstattung entwickelt sich immer weiter. Wir wissen, glaube ich, auf welchem Stand jetzt die Einsatzrüstung ist. Die wird auch in den entsprechenden Lagen zu bestimmten Zeitpunkten des Gipfels auch angelegt werden. Ein aktuelles Ausrüstungsstück, aber das ist ja auch schon hinlänglich bekannt, sind eben noch einmal diese Brandschutzhauben, die möglicherweise auch während des Gipfels zum Einsatz kommen. Das kommt ja aus dem Bereich Fußballeinsätze, Pyrotechnik und bestimmten also auch Verletzungen, zu denen es da gekommen ist. Das ist eine sinnvolle Ergänzung. Ansonsten ist das die bekannte Ausstattung, die wir kennen.

Im Bereich Feuerwehr, Hilfsorganisationen, THW und Ähnliches ist es so wie auch in anderen Lagen, dass die nicht eingesetzt werden sollen, wenn sie ihre eigene Sicherheit, ihre körperliche Unversehrtheit riskieren. Das muss dann Polizei machen. Also auch da ist jetzt keine Veränderung der Ausrüstung oder der Ausstattung vorgesehen.

Hartmut Dudde wird gleich etwas sagen zur Größenordnung der Groß-GeSa 400.

Zum Messenger, glaube ich, ist der Sachstand, den man geben kann, eben gegeben worden. Ich glaube nicht, dass wir das noch weiter konkretisieren können.

Schutz von Obdachlosen nehme ich gern mit. Aber auch da, wie gesagt, Ausnahmezustand, besonders gefährdete Gruppen von Bevölkerung oder besonders gefährdete Bereiche der Stadt oder Geschäfte oder Innenstadt, was wir alles so hatten, da sind wir sehr zurückhaltend. Aber ich nehme das auch noch einmal mit.

Und zu den Betonblöcken, da würde ich auch noch einmal Hartmut Dudde um eine fachkundige Einschätzung bitten.

Herr Dudde: Groß-GeSa, wie auch mit dem Beginn der Schutzmaßnahmen sind wir auch bei einer Groß-GeSa im Zwang zu überlegen, was ist wirtschaftlich sinnvoll, was ist erwartbar, wo sind auch Grenzen gesetzt. Insofern guckt man bundesweit rum. Die Bayern waren ja die Ersten, die so etwas einmal eingeführt haben, und haben uns im Endeffekt darauf geeinigt, dass wir mit 400 Plätzen erst einmal auskommen. Das ist ja auch nur die Variante, der erste Anlaufpunkt, diese Groß-GeSa. Danach wird, wenn wir denn Haft- oder Ingewahrsamnahmen längerfristig haben, wird ja weiterverschubt. Und insofern, denken wir, sind wir mit 400, das ist ja auch eine große Zahl, sehr gut aufgestellt. Also im Endeffekt, polizeiliche Erfahrungen und Beratungen mit dem Arbeitsabschnitt kriminalpolizeiliche Maßnahmen, die es ja zu bearbeiten haben, weil es dafür keine Blaupause gibt, wo sie gucken können, mach das so oder so.

Das Thema Betonpoller hat mich auch sehr gefreut, als das medial wurde. Natürlich haben wir zu OSZE-Zeiten, aus den anderen Zeiten, nie behauptet oder geglaubt, dass ein 2,5 Tonnen schwerer Betonstein einen Lkw auf Schlag anhält, aber klar ist auch, wenn da ein Lkw gegenfährt, soll mir bitte keiner sagen, da brauche ich auch die DEKRA nicht für, dass der noch zwei Kilometer über die Autobahn fährt. Und wenn Sie die Bilder von der DEKRA gesehen haben, die Achse hat sich um fast einen Meter nach hinten geschoben. Und wie Sie schon sagten, ich werde die Konzepte hier nicht ausführen, aber ich glaube, die Sorge des Fahrers wäre die geringste gewesen, dass seine Achse jetzt einen Meter da hinten ist, da wir natürlich noch weitere Maßnahmen getroffen hätten, um genau dieses Tun zu beenden. Und zur Taktik gehört logischerweise auch, das konnten Sie ja beim OSZE sehen, wo stellt man Betonpoller hin. Direkt vor das Objekt oder vielleicht ein bisschen

abgesetzt? Und daran werden wir uns auch weiter orientieren. Und ja, es gibt auch Alternativen, andere, runde, Kegel, schöner, größer, weiter, die gucken wir uns auch alle an, prüfen sie auf Sinnhaftigkeit. Allerdings, das sage ich auch für mich als Polizeiführer, diese Betonpoller haben schon ihren großen Wert und die werden wir wahrscheinlich auch weiter einsetzen, Stand jetzt.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Münster bitte.

Abg. Arno Münster: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich hätte auch zur Gefangenensammelstelle noch einmal eine kurze Nachfrage. Das habe ich richtig verstanden, dass dann auch sozusagen die Justiz vor Ort ist, wenn das also platztechnisch einmal ausreicht, dass man dann dementsprechend auch woanders dann untergebracht wird und auch vielleicht ein bisschen länger?

Dazu hätte ich noch eine Frage. Könnten sich der Senat und der Staatsrat eventuell vorstellen, dass man das auch einmal besichtigen könnte, weil, das ist ja so eine temporäre Anlage, dass man da einmal guckt, also wenn die funktionstüchtig ist, wie das sozusagen von der Logistik her dann aufgebaut ist. Weil, da glaube ich schon, dass dann noch so andere Organisationen, wie Amnesty International und, und, und, also, wer denn immer so nachfragt, und irgendwie einmal ein Bild davon bekommt, wie das dann auch gelebt wird.

Das Zweite ist, Herr Senator, in Ihrem Backoffice sitzt ja auch die Hamburger Feuerwehr. Und die ist ja auch dementsprechend, glaube ich, im Einsatzgeschehen auch voll mit eingeplant. Und sie ist auch voll einsatzbereit. Also da gibt es auch keine, weil, die kommt immer so ein bisschen schlechter weg, glaube ich, immer, und die macht immer einen hervorragenden Job, also auf allen Ebenen da. Und deswegen hätte ich da ganz gern noch einmal zwei, drei Sätze Ihrerseits, dass Sie sagen, also die Feuerwehr hier in Hamburg ist natürlich für diese Großlage auch ausgebildet und auch einsatzbereit.

Dann gab es im Vorfeld eine Kritik an den Hamburger Senat, dass keine Notfallpläne in den Krankenhäusern vorgelegen hätten. Und ich habe jetzt aber, glaube ich, gehört, das ist alles erledigt. Ich konnte mir auch gar nicht vorstellen, dass zu dem Zeitpunkt, als die Kritik, ich glaube, die kam von der CDU, dass Großschadenslagen in Krankenhäuser irgendwie vom Himmel fallen, sondern da wird es ja sicher immer Notfallprogramme geben. Und das möchte ich ganz gern noch einmal bestätigt haben, dass auf der Seite das dann auch sozusagen alles in Ordnung ist.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Ja, Groß-GeSa, Gefangenensammelstelle, einer der Gründe, warum wir das so eingerichtet haben, war natürlich, dass wir auch gleich das gesamte Verfahren, das heißt, auch den Teil, den die Justiz dort macht, also das Gericht durch Präsenz von Richtern, da auch abdecken, dass wir das alles an einem Ort konzentrieren. Das heißt, die werden auch vor Ort sein, genau wie natürlich auch Zugang zu Rechtsanwälten und alles, was sozusagen man in dem Kontext dann braucht, um die Verfahren da zu führen. Das wird da alles konzentriert sein. Und aus unserer Sicht spricht nichts dagegen, die Obleute dann hier aus dem Ausschuss einmal einzuladen, sich das anzusehen. Das würden wir dann machen, wenn es da fertig ist, also irgendwann im Juni, wäre vielleicht ganz gut. Und dann können wir gern einen Termin koordinieren. Dann kann man sich das einmal ansehen. Es ist in der Tat so, dass sich schon verschiedene Organisationen angemeldet haben, da einmal einen Blick drauf zu werfen. Und das machen wir natürlich auch.

Dass wir jetzt beim Thema Sicherheit uns immer ein bisschen stärker auf die Polizeifragen konzentrieren, hat natürlich damit zu tun, dass wir da auf jeden Fall wissen, dass sie sehr intensiv auch zum Einsatz kommen werden. Gleichwohl ist natürlich auch die Feuerwehr dort in erheblichem Umfang mit eingeplant und einbezogen für bestimmte Szenarien, die sich

eben auch ereignen können, das ist ja völlig klar. Feuerwehr hat einen eigenen, entsprechenden Vorbereitungsstab, plant in enger Abstimmung mit der Polizei auch für sich bestimmte Szenarien, übt das auch. Und das ist ebenfalls eine hoch fokussierte, professionelle, konzentrierte Arbeit. Ich hatte Gelegenheit, auch während der OSZE mir das noch einmal anzusehen. Also es können alle davon ausgehen, dass auch aufseiten der Feuerwehr da eine Aufstellung erreicht wird, die so einem Gipfel dann auch gerecht wird. Und das betrifft sowohl die Berufsfeuerwehr als auch die Freiwillige Feuerwehr. Auch da gibt es zum Teil gezielte Verstärkung aus anderen Bundesländern und so weiter. Das ist also eine ähnliche Struktur wie bei der Polizei. Wenn dort noch gezielte oder einzelne, konkrete Nachfragen sind, können die ja auch von den Vertretern der Feuerwehr hier beantwortet werden.

Ansonsten, die Notfallpläne, also die Krankenhäuser wissen, was zu tun ist, wenn es sozusagen da auch zu bestimmten Szenarien kommt, wo wir die Krankenhäuser brauchen. Vielleicht kann dazu aber auch der Staatsrat noch zwei Worte sagen.

Staatsrat Krösser: Also, die Feuerwehr ist natürlich insbesondere über das ganze Thema rettungsdienstliche Aspekte auch in den Einsatz G20 jetzt mit eingebunden, wie beim OSZE-Thema auch. Und selbstverständlich werden, wie beim OSZE auch, entsprechende Notfallpläne schon vorgehalten, mit denen man auch bei einer Situation, in der es eine größere Anzahl von Verletzten aus welchen Gründen auch immer gibt, agieren und umgehen kann. Und selbstverständlich gibt es dazu auch ganz enge Kontakte mit der Gesundheitsbehörde, die ja für die Krankenhäuser in Hamburg zuständig ist und die dann dafür sorgt, dass die entsprechende Krankenhausversorgung auch gewährleistet wird.

Ich muss noch einmal darauf hinweisen, weil, das war irgendwie jetzt auch in irgendeiner der Anfragen einmal so ein Thema, für die Einsatzkräfte, Polizei und Feuerwehr, haben wir das Bundeswehrkrankenhaus, das wir vorhalten, das dort die gesamte medizinische Versorgung gewährleistet. Da muss man noch einmal deutlich machen, dass das eine durchaus nicht ganz marginale Aufgabe ist. Bei über 10 000 Polizeikräften, die allein in Hamburg aufhältlich sind, dazu noch einige Tausend Feuerwehrkräfte, treten auch neben den einsatzbedingten Themen auch die ganz normalen Gesundheitsfragen auf, die dann dort auch versorgt werden. Und man muss auch noch einmal darauf hinweisen, auch das war ja vom Senator schon angesprochen worden, wir haben ja auch ansonsten in der Stadt immer wieder Großveranstaltungen. Es kommt jetzt also für uns auch nicht völlig unvorhergesehen, dass wir uns mit Notfallplänen für die Versorgung einer größeren Anzahl von Verletzten beschäftigen müssen. Also wir fangen da nicht bei solchen Themen irgendwo bei null mit an.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider bitte.

Abg. Christiane Schneider: Aus der ersten Fragerunde war noch offengeblieben, das hatte ich nachher aber irgendwo auch versäumt, noch einmal nachzufragen, wie weit ist der Stand der Planungen in Bezug auf Allgemeinverfügungen zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Da würde ich Sie bitten, noch zu antworten.

Ich will aber noch einmal bei dem Camp nachfragen. Sie hatten, glaube ich, so ziemlich wörtlich gesagt, das soll möglichst nicht stattfinden. Jetzt kommen ja jede Menge Leute in die Stadt und es muss dafür eine Lösung geben. Da, finde ich, sind die Behörden auch mit verantwortlich, dass es eine Lösung der Unterbringung gibt, weil, Hotel und so etwas, ist ja völlig klar, ist das überhaupt nicht zu bewältigen. Das heißt, es kann dann nicht, also ist es jetzt echt in Ihrem Interesse, dass es zu wildem Campen in der ganzen Stadt kommt? Oder wie stellen Sie sich das ... Also, ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen. Ich meine, da kommen womöglich über mehrere Tage einige Tausend Leute, vielleicht 10 000 oder 12 000, und irgendwie müssen die des Nachts ihr Haupt hinlegen.

(Zurufe von der SPD)

Vorsitzender: Vielleicht können wir das Stellen der Frage abwarten und dann auch die Antwort.

Abg. Christiane Schneider: Es ist völlig legitim, zu diesen verschiedenen Protestaktionen zu fahren. Dazu gehört das Grundrecht, also das ist ein Grundrecht, so. Und deshalb ist es auch völlig klar, dass diese Leute irgendwie unterkommen müssen.

(Abg. Dirk Nockemann: In der Polizeischule!)

Völlig klar, so. Und deswegen frage ich, wie die Behörde sich das vorstellt.

Dann habe ich weiter ... ich stelle auch jetzt mehrere Fragen.

Vorsitzender: Vielleicht können wir das in etwas gemäßigterem Ton wieder, dann können Sie die Fragen weiter vorbringen.

Abg. Christiane Schneider: Genau. Ich habe noch einmal eine weitere Frage zu dem Personenschutz. Das war ja in Heiligendamm so, dass da 19 ausländische Delegationsführer waren, die am G8-Gipfel teilgenommen haben und die durch eigene bewaffnete Sicherheitskräfte begleitet wurden. Und jetzt fällt das zwar nicht in die Zuständigkeit des Senats, ich frage aber trotzdem, also vielleicht können Sie darüber Auskunft geben. Das BKA hatte dazu damals beim Bundesverwaltungsamt 265 Waffentrageerlaubnisse beantragt. Jetzt ist die Zahl der Delegationsführer, weil ja weitere Länder eingeladen sind, noch einmal sehr viel größer. Und es ist auch noch einmal eine andere Situation in der Stadt, deswegen frage ich, wie wird denn das bei dem G20-Gipfel sein. Wie viele Waffentrageerlaubnisse sind schon beantragt oder insgesamt zu erwarten? Können Sie das sagen?

Und dann frage ich natürlich auch, welche Befugnisse haben die bewaffneten Sicherheitskräfte eigentlich? Ich meine, die haben ja kein Recht, irgendwelche hoheitlichen Befugnisse auszuüben. Und deswegen frage ich, was dürfen die. Und wie wird sichergestellt, dass das, was sie nicht dürfen, auch nicht tun? Das finde ich eine Frage, die wirklich sehr wichtig ist. Ich meine, es war ja, wenn ich das richtig erinnere, bei dem OSZE in dem einen Gipfel, das war jetzt wahrscheinlich keine ausländische Sicherheitskraft, aber es gab Scharfschützen. Und wenn ich mir jetzt vorstelle, da sind zum Beispiel türkische Scharfschützen, als Beispiel, das würde mich außerordentlich besorgen, oder auch Begleitung von Herrn Erdogan. Deswegen frage ich, was dürfen die eigentlich tun.

Dann würde ich gern weiter fragen. Infoveranstaltungen, Sie hatten gesagt, es wird mehrere kleinere und größere Infoveranstaltungen geben. Da würde ich gern fragen, wie viel wird es insgesamt geben, welcher Art, welche größeren sind vorgesehen? Soll diese Infoveranstaltung, die es seinerzeit vor dem OSZE-Gipfel in der Messehalle ja gegeben hat, da oder an irgendeinem anderen Ort, soll es also auch für die Bewohner des Viertels rund um die Messehallen, soll es für die Bewohner und Bewohnerinnen in der Innenstadt ... also können Sie die Zahl und die Art der Infoveranstaltungen vielleicht genauer sagen?

Und wenn ich jetzt noch einmal eine Frage stellen kann, dann würde ich da auch gern nachfragen. Welche Ebenen sind jetzt eigentlich an der Einsatzplanung beteiligt? Also das ist ja schon von mehreren ... das wird ja, wenn ich das richtig verstanden habe, auch drei Besondere Aufbauorganisationen geben. Also entsprechend der letzten, Hammonia und Elbe und die dritte habe ich jetzt vergessen, wie die heißt. Das ist ja das eine. Das andere ist, es sind Bundesbehörden, es sind Landessicherheitsbehörden, das sind Polizei, das sind, nehme ich an, auch die Verfassungsschutzämter oder Bundesamt für Verfassungsschutz, es sind vielleicht auch ausländische Sicherheitsbehörden. Können Sie sagen, wie da die ... also

wer da eigentlich alles einbezogen ist in die Planung oder wie da koordiniert wird und wie dort der Stand ist?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Also, zu der ersten Frage. Wir sehen in dem Ausgleich zwischen Versammlungsfreiheit und der Sicherung der Durchführbarkeit des Gipfels und der Gipfelteilnehmer eben auch das Thema mit der Freihaltung der Protokollstrecken. Dazu habe ich schon etwas ausgeführt. Wenn es bei dieser Konfliktlage bleibt, dass dort trotz Beratung und intensiven Kooperationsgesprächen dort auch Versammlungen durchgeführt werden sollen, dann muss man das irgendwann rechtlich regeln. Ob wir das im Rahmen von Einzelverfügungen oder Allgemeinverfügungen machen, können wir jetzt noch nicht sagen. Wir prüfen und planen das aber intensiv. Entscheidend ist das Ergebnis. Die Strecken, die frei bleiben müssen, werden frei bleiben. Das werden wir sicherstellen. Mit welchem rechtlichen Instrument, also wie wir da sozusagen handwerklich herangehen, das müssen wir noch einmal sehen. Das ist am Ende eine polizeifachliche, rechtliche Einschätzung. Da gibt es noch kein Ergebnis. Das heißt aber auch, dass wir nichts ausschließen, sondern da gibt es einfach noch keine Entscheidungen.

Die Frage Camp, wollen wir einmal sagen, wir halten nichts von dem organisierten Gegencamp, wir halten aber auch nichts von wildem Campen. Wir sind der Auffassung, dass jemand, der unsere Stadt besucht, um sich hier aufzuhalten, erst einmal für seine Unterkunft selbst verantwortlich ist. Das gelingt eigentlich allen auch immer, jedenfalls ganz überwiegend. Und unsere Einschätzung ist, dass es aus der befreundeten Szene, die ja sozusagen nach Hamburg einlädt auch, auch eine hohe Unterstützungsbereitschaft gibt, auch in eigenen Räumen, auch in Privatwohnungen und so weiter, Unterkunft zu gewähren. Da gibt es eine hohe Solidarität und Aufnahmebereitschaft, ist unsere Einschätzung. Es gibt natürlich über die normal buchbaren Hotelkapazitäten hinaus, wobei ich auch gar nicht ganz sicher bin, ob schon alles ausgebucht ist, gibt ja auch ganz unterschiedliche Angebote und Kategorien von Hotels oder auch Hostels oder Jugendherbergen und so weiter, also gibt es eben auch ja verschiedene Internetforen, wo man sich auch Privatzimmer suchen kann und, und, und. Da gibt es eine Reihe von Möglichkeiten. Wir sehen uns jedenfalls aktuell nicht in der Verpflichtung, hier Unterkünfte zur Verfügung zu stellen.

(Abg. Christiane Schneider: Nein, das müssen Sie ja auch nicht!)

Aber wir halten es für realistisch, dass da jeder seinen Schlafplatz findet, auch ohne ein Camp.

Beim Thema Personenschutz, das ist tatsächlich eine BKA-Zuständigkeit, über die Zahl der Waffentrageerlaubnisse können wir Ihnen schlicht nichts sagen. Ansonsten ist es so, wie Sie sagen, die ausländischen Personenschutzkräfte haben hier keine hoheitlichen Befugnisse, die haben nur einen ganz, ganz engen zulässigen Aufgabenradius. Dazu wird Hartmut Dudde gleich noch ein bisschen etwas sagen.

Infoveranstaltungen, da werden wir mehr machen als beim letzten Mal, wollen aber schon so ein bisschen noch einmal einen Blick darauf werfen, was sind auch geeignete Formate. Ob wir noch einmal so eine größere Veranstaltung in der Messe machen oder an einem ähnlichen Ort, nach den Erfahrungen vom letzten Mal, da bin ich nicht so sicher, das fand ich nicht so überzeugend, weil wir natürlich immer die Situation haben, dass, wenn man sich auf eine große Veranstaltung da konzentriert, hat man das Problem, dass nicht jeder, der ein Anliegen hat und den es vielleicht betrifft, genau an dem Tag zu der Zeit auch kann. Und dann ist es so, dass natürlich eine solche Veranstaltung immer auch zum Austragungsort der ganz grundsätzlichen politischen Diskussion, wozu so ein Gipfel und ist das eigentlich überhaupt ... was ist von den Sicherheitsmaßnahmen zu halten und, und, und, dass es sehr grundsätzlich dort erörtert wird, was man ja auch nachvollziehen kann. Aber das führt dazu,

dass der Bewohner, der seine Frage stellen will, mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit gar nicht zum Zug kommt. Das war ja letztes Mal auch so. Und insofern setzen wir eigentlich eher auf eine große Zahl kleinerer Veranstaltungen. Also wir wollen möglichst viele direkt ansprechen, alle Institutionen vor Ort aufsuchen, wollen auch alle Einladungen, die wir bekommen, natürlich annehmen und wollen auch im Quartier oder in den betroffenen Quartieren präsent sein.

Und hinzu kommt, dass im Prinzip die Sicherheitszone und alles, was dort an Maßnahmen da rundrum getroffen wird im Bereich Messe, dem entspricht, was wir bei OSZE auch hatten. Da gibt es sozusagen aus unserer Sicht erst einmal keine technischen oder von den Abläufen her keine Veränderungen. Das heißt, das, was wir damals als großen Aufschlag gemacht haben zu OSZE und G20, das behält weiter seine Gültigkeit. Es ist einmal erprobt worden, es war im Wesentlichen, glaube ich, für die meisten Bewohnerinnen und Bewohner unproblematisch. Und insofern hat sich ja auch das Bedürfnis, glaube ich, ein bisschen geändert. Wir werden aber sehr umfangreich auch vor Ort präsent sein, damit jede Frage auch gestellt werden kann, aber eben möglichst individuell, weil, das Bedürfnis des Einzelnen nach der Information, die er braucht, die kriegt man in so einer Großveranstaltung manchmal auch schwer bearbeitet.

In der HafenCity überlegen wir schon eher, das kommt ein bisschen darauf an, wie groß nachher auch dort die Sicherheitszone ist, wie viele Menschen davon betroffen sind, noch einmal eine Veranstaltung zu machen, weil das für die einfach auch ganz neu ist. Das muss man schon sagen. Die hatten das noch nicht. Da kann es sein, dass wir so etwas machen. So, und ansonsten, wie gesagt, wird es eine große Zahl ganz unterschiedlicher Formate geben, von Postwurfsendungen über Infomobile über kleine Informationsangebote, Aufsuchen und ja, verschiedene Dinge, die ich auch schon aufgezählt habe.

Die Ebenen der Planung, im Prinzip haben Sie das ja schon ein bisschen so unter Bezugnahme darauf, wie es beim OSZE-Gipfel war, angesprochen. So ähnlich ist es hier jetzt auch. Also wir haben den einen großen Einsatz erst einmal unter Leitung der Hamburger Polizei. Das ist alles das, was in unserer Stadt auf den Straßen stattfindet, so würde ich es einmal grob beschreiben. Dann haben wir die Aufgaben, die das BKA im Inneren der Gipfelorganisation sozusagen auch auf dem Messegelände, am Veranstaltungsort wahrnimmt. Und wir haben die Einsatzorganisation der Bundespolizei. Das ist eben eine bundesweite Aufgabe, die da wahrgenommen und organisiert wird. Das sind im Prinzip die drei Stränge, die wir da haben.

Und dann würde ich noch einmal zu dem Thema Befugnisse ausländischer Personenschützer Harmut Dudde das Wort geben.

Herr Dudde: Ja, der Name erklärt es eigentlich, das BKA ist dafür zuständig, Personenschutz heißt Personenschutz und diese Personenschützer dürfen genau das Gleiche wie der Personenschutz von zum Beispiel einem Deutsche-Bank-Chef, nämlich die Person schützen, mehr nicht, keine hoheitlichen Aufgaben. Und es wird ausgeschlossen sein, dass türkische, amerikanische oder irgendwelche anderen Scharfschützen, die ja ganz andere Tätigkeiten hätten, hier tätig werden, sondern es geht nur um den ganz engen Bereich des Schutzes der zu schützenden Person.

Vorsitzender/Abg. Ekkehard Wysocki: Vielen Dank. Bevor ich Herrn Lenders das Wort gebe, würde ich die Gelegenheit dann nutzen, ihm eine Frage zu stellen, die in der letzten Bürgerschaft schon gestellt worden ist, aber da offensichtlich von demjenigen, an die ich sie gestellt habe, nicht beantwortet werden konnte. Es gab am 27. März 2017 bei "Hamburg 1" ein Interview, wo Herr Lenders gefragt worden ist, im letzten Drittel des Interviews: „Würden Sie den Bürgern empfehlen, die Stadt während der beiden Tage des Gipfels zu verlassen?“ Und daraufhin hat er sinngemäß geantwortet, wenn ich das richtig im Kopf habe – nein, das war auch wörtlich so: "Wenn ich nicht Polizist wäre, würde ich es tun."

Habe ich das jetzt nur missverstanden? Ist das bei mir ein Missverständnis gewesen? Sonst würde ich Sie einfach fragen, wie das gemeint war. Und ansonsten hatten Sie sich sowieso zu Wort gemeldet, Herr Lenders.

Abg. Joachim Lenders: (Ohne Mikrofon)

(Abg. Christiane Schneider: Das konnte man jetzt nicht verstehen.)

War die Frage an mich gerichtet? Keine Antwort. Und meine Frage ziehe ich zurück.

Vorsitzender: Danke. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Na ja, ich hatte ja das Vergnügen, bei dem Interview dabei zu sein, weil es sich um die Schalthoff-Sendung handelte.

(Zuruf: Nein, das war einen Tag vorher!)

– Einen Tag vorher? Am Tag danach gab es noch die Ergänzung, dass

(Zuruf)

Herr Lenders nicht sehen wollte, wie Hamburg in Schutt und Asche gelegt wird, auch nicht wörtlich zitiert, meine Interpretation.

Ich wollte eine andere Frage noch einmal stellen bezüglich der Bewohnerinnen und Bewohner der angrenzenden Viertel, HafenCity ist da vielleicht noch einmal ein anderer Fall, aber ich frage schon für beide. Also, wir haben ein Sommerwochenende, wir haben aus dem, was man beim OSZE-Gipfel feststellen musste, ja auch im Dezember reges Treiben, reges öffentliches Leben gehabt. Aber jetzt, ganz konkret, es gibt üblicherweise am Sonnabend einen Flohmarkt im Karo Viertel, es wird diverse Feste, öffentliche Aktivitäten von vielen Gruppen von Menschen geben und dazu gehört sicherlich dann auch das, was Sie eben schon angedeutet haben, Herr Senator, dass es sehr viele Gäste in den Vierteln geben wird, im Schanzenviertel, in St. Pauli, in Altona, im Karo Viertel, wo auch immer.

Diese Situation geht zusammen mit bestimmten Kontrollerfordernissen möglicherweise, mit bestimmten Situationen, in denen sich ausgewiesen werden muss oder in denen Besuch angemeldet werden muss. Letzteres betrifft vielleicht nur das eine Haus, was beim OSZE-Gipfel schon mit in der Sicherheitszone war, aber vielleicht auch weitere.

Gibt es da schon ein Szenario, was man entwickeln kann in Bezug auf diese Menschen, von denen ich erst einmal sagen würde, die tatsächlich überhaupt keine Lust haben, irgendwas mit G20 zu tun haben zu wollen, sondern sich einfach in ihrem Quartier ganz normal aufhalten wollen. Hinzukommt ja, dass man davon ausgehen muss, dass Teile der Grünflächen dort, Pflanzen und Blumen, Schanzenviertel, nicht so genutzt werden können wie sonst. Gibt es da sozusagen schon ein Szenario, was man beschreiben kann, oder würden Sie hier sagen, wie vielleicht auch beim Thema Versammlungsrecht, da gucken wir, wie sich die Situation entwickelt? Also das müsste ja ... Ersteres würde ja dann vielleicht auch zur Information gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern dann gehören sollen.

Vorsitzender: Herr Senator?

Senator Grote: Ja, unsere Grundhaltung, wie bei OSZE, ist, die Bevölkerung, gerade auch die Wohnbevölkerung in der Nähe der Veranstaltungsorte nur in dem Maße einzuschränken, wie es unbedingt notwendig ist. Deswegen haben wir die Sicherheitszonen wieder so eng wie möglich gezogen. Die Sicherheitszone, die auch schon veröffentlicht ist im Bereich des

Messegeländes, entspricht, jedenfalls was die Auswirkungen auf Wohnbevölkerung, Einbeziehung von Wohngebäuden betrifft, exakt dem, wie wir es auch während der OSZE hatten. Wir haben im Bereich des Messegeländes einen etwas weiteren Umgriff und auch im Bereich Pflanzen und Blumen ist der Grenzverlauf jetzt ein bisschen ein anderer. Das hat auch etwas damit zu tun, dass eben, wenn man die Absperrung mitten durch den Park zieht, doch das die Parkfläche nicht unerheblich beeinträchtigt. Und da hatte auch der Bezirk Mitte ein bisschen das Interesse daran, ob man da nicht diese Teilfläche dann auch gleich mit reinnimmt, dann kann man da etwas arrondierter sozusagen die Zone dort ziehen.

Das heißt, diejenigen Bewohnerinnen und Bewohner, die sich dann ausweisen müssen, durch die Kontrollpunkte müssen, Besuch anmelden sollten und so weiter, das wird wieder diese sehr kleine Zahl sein. Das ist das Wohngebäude im Bereich der Flora-Neumann-Straße und dann eben noch dieser kleine Bereich nördlich des Messegeländes, wo, glaube ich, auch noch einmal es irgendwie ein Wohnhaus ist, aber ein kleines. Das hat beim letzten Mal eigentlich ordentlich funktioniert, das würden wir wieder so machen.

Darüber hinaus, in den angrenzenden Quartieren wird es, wie auch beim letzten Mal, eine gewisse Polizeipräsenz geben im Rahmen eines sogenannten Raumschutzkonzeptes. Da wird man Polizei sehen. Und die werden natürlich auch die Lage dort im Blick behalten und werden, wenn sich dort etwas, was nicht als friedlich charakterisiert werden kann, ankündigt, dann werden die auch tätig werden. Da kann es dann auch einmal zu Personenkontrollen kommen oder Ähnlichem. Aber Ziel ist dort, die freie Bewegung weitestmöglich aufrechtzuerhalten und wir sind optimistisch, dass das auch geschieht. Vorhin ist es ja auch schon einmal gesagt worden, der Gipfel selbst ist nicht gefährlich. Wir haben aber nicht in der Hand, natürlich, was an möglichen Szenarien da hineingetragen wird. Insofern kann man das noch nicht mit letzter Sicherheit prognostizieren. Unser Anspruch ist, dass wir da das normale Leben so weit wie möglich auch schützen und unterstützen, aber wir haben eben auch, das muss man halt sagen, gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern und auch gegenüber den Geschäftstreibenden auch im Karo Viertel, im Schanzenviertel und Umgebung auch einen Schutzauftrag. Also die sind ja häufig dann auch die Ersten, die in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt. Insofern werden wir da schon aufgestellt sein.

Vorsitzender: Bevor ich jetzt Herrn Gladiator, also Herr Gladiator ist der Letzte auf der Redeliste.

Ich würde das -

(Abg. Dennis Gladiator: Ist der Letzte?)

- Niemals im Leben, Herr Gladiator, würde mir eine solche Formulierung entweichen. Danach würde ich einen Verfahrensvorschlag dann zu diesem Tagesordnungspunkt machen. Herr Gladiator bitte.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, vielen Dank. Frau Schneider, ich fand Ihre Frage recht putzig, weil das aber auch als Erwartungshaltung beim einen oder anderen ja auch in den medialen Äußerungen durchklingt, natürlich gibt es für jeden Bürger dieses Landes, auch aus benachbarten, befreundeten und allen Bundesländern, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit in Hamburg, aber nicht das Grundrecht auf einen Schlafplatz. Da muss sich schon wirklich jeder selbst drum kümmern, machen Sie bei Ihren Reisen, glaube ich, genauso.

(Abg. Christiane Schneider: Ja, genau!)

Ich fand den Senator schon extrem dienstleistungsorientiert, indem er die verschiedenen Möglichkeiten aufgezählt hat, wo man in Hamburg übernachten kann. Insofern vielen Dank.

(Abg. Christiane Schneider: Das ist die Frage, ob das nicht auch unter die Versammlungsfreiheit fällt!)

Ich weiß nicht, wie Sie nächtigen. Meine Übernachtungen sind selten Versammlungen.

Zu dem, was Sie zur Feuerwehr sagten, Sie sagten sinngemäß, ich habe es leider nicht wörtlich: In kritischen Situationen bereinigt die Polizei und dann wird die Feuerwehr ja nicht vor Ort sein, aber es sind ja ausreichend Szenarien denkbar, ob es im Rettungsdienst ist, wo Situationen auch entstehen können oder wo man einfach sagen kann, wir können nicht lange abwarten. Insofern weiß ich auch, dass in der Feuerwehr selbst sehr kritisch diskutiert wird, ob Stichschutzwesten und Sonstiges. Ich glaube, da gibt es keine einheitliche Linie, aber in den Senatsantworten kam zumindest immer der Hinweis, daran wird gearbeitet, wir diskutieren drüber. Eben kam die klare Aussage, weitere Schutzausstattungen wird es nicht geben. Vielleicht können Sie ...

(Senator Grote: Für G20!)

– Okay. Dann nehme ich das so hin, auch wenn ich es nicht glücklich finde. Und das Letzte an Fragen ...

(Zurufe)

Letzte Frage: Können Sie, ohne sich in die Einsatztaktik schauen zu lassen, darstellen, was im Bereich Polizei, Feuerwehr, Verfassungsschutz für den G20-Gipfel oder im Rahmen des G20-Gipfels an Beschaffungen getätigt worden sind, also was an Ausstattungen dazugekommen ist? Sofern Sie es jetzt sagen können, sonst müssen Sie es nach dem Gipfel verraten.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Noch einmal zum ersten Punkt. Also das Zusammenspiel von Polizei und Feuerwehr auch in Versammlungslagen oder in anderen Szenarien ist ja keine ganz neue Aufgabe. So. Insofern fangen wir jetzt auch nicht an, komplett noch einmal also weder bei der Polizei noch bei der Feuerwehr die gesamte Ausrüstung und Ausstattungen zu überdenken. Die Frage, ob man aufgrund bestimmter Szenarien, und zwar Grundsätzliches, nicht bezogen auf G20, ob man irgendwann einmal darüber nachdenken muss, da die Ausstattungen zu erweitern, dieses berühmte Thema der stichsicheren und schusssicheren Westen, die da gefordert werden. Ich will einmal zwei Sachen dazu sagen. Das ist ein Thema ... also den Schutz der Einsatzkräfte muss man sehr, sehr ernst nehmen. Man muss aber auch mit einer solchen Forderung sehr vorsichtig umgehen, weil wir, soweit mir bekannt ist, in der überschaubaren Vergangenheit keine Stichverletzungen, keine Schussverletzungen oder Ähnliches gehabt haben oder keinen Vorfall, gegen den eine, so unerfreulich manche Vorfälle waren, aber es war, glaube ich, keiner dabei, bei dem eine stichschutz- oder schlagschutz- oder schusssichere Weste geholfen hätte. Insofern sind wir da noch nicht überzeugt an der Stelle. Die Feuerwehr untersucht aber sehr intensiv, wie das Aufkommen an Übergriffen, auch der nicht gemeldeten Übergriffe, denn die Zahl der gemeldeten Übergriffe ist sehr gering, auch gleichbleibend in den letzten Jahren. Aber es gibt ja eine Studie, die ein bisschen die Vermutung beinhaltet – viel mehr ist es allerdings auch nicht –, dass es da eine höhere Dunkelziffer geben könnte. Dem gehen wir noch einmal nach und versuchen, das ein bisschen zu validieren. Das, was in der Studie geschildert ist, reicht uns da nicht. So. Und dann kann es ... Daraufhin werden wir auch noch einmal überprüfen, ob es sinnvoll ist, die Ausrüstungen zu ergänzen. Das ist aber wirklich unabhängig jetzt von G20.

Und dann war die Frage, ob wir zusätzliche Beschaffungen bei der Polizei hatten. Da weiß ich nicht, ob wir jetzt dazu irgendetwas ...

Staatsrat Krösser: Wir machen das ja im Grunde genommen so, dass wir im laufenden Betrieb ständig auch auf die Anpassung der Ausrüstung unserer Polizei und unserer Feuerwehr gucken müssen. Das ist zwangsläufig so, weil sich eigentlich immer wieder technische Veränderungen ergeben und auch Weiterentwicklungen der Lage das erfordern. So haben wir beispielsweise ja jetzt auch die Polizei erweitert ausgestattet mit Schutzausrüstungen. Das war jetzt keine Maßnahme, die wir getroffen haben wegen OSZE oder wegen G20, sondern die wir getroffen haben aufgrund der veränderten terroristischen Bedrohungslage, die wir festgestellt haben, und bei der wir eben festgestellt haben, dass nach den Anschlägen in Paris eine andere Ausstattung erforderlich ist, um eine Täterbekämpfung sicher vornehmen zu können. Trotzdem ziehen wir natürlich einzelne Ausrüstungsgegenstände dann auch ein Stück vor jetzt unter dem Gesichtspunkt OSZE und G20, zum Beispiel auch Ergänzungsausstattungen für die Feuerwehrfahrzeuge, zum Beispiel entsprechende Beatmungsgeräte und Ähnliches, die bisher nicht auf allen Gerätewagen drauf waren, die wir jetzt auf die Gerätewagen noch draufbringen. Weil wir sagen, es ist eine sinnvolle, langfristige Ergänzung des Ausrüstungspotenzials für unsere Feuerwehrfahrzeuge. Und so gibt es natürlich eine Reihe von Ausrüstungsgegenständen, bei denen wir gesagt haben, die wären in der Beschaffung ohnehin drin gewesen, das hätten wir sowieso machen müssen. Man kann auch so ein Thema wie Brandschutzhauben nehmen, wo wir sagen, die hätten wir sowieso irgendwann beschaffen müssen, wir hätten unsere Leitstellentechnik irgendwann sowieso erweitern und aktualisieren müssen. Das sind dann alles Maßnahmen, die wir jetzt so ein Stück vorziehen und von denen wir sagen, die machen wir aber nicht wegen OSZE und G20, sondern die machen wir etwas früher, weil wir OSZE und G20 haben, aber nicht deswegen.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Ich würde vorschlagen zu dieser Selbstbefassung, dass wir die heute noch nicht beenden, diese Selbstbefassung. Wir haben heute ja den aktuellen Planungsstand gehabt, ich denke, da wird noch eine laufende Anpassung erfolgen. Und wir haben noch zwei Innenausschusssitzungen, aber ich denke, dass wir zunächst einmal vielleicht schon einmal im Hinterkopf haben sollten, diese Selbstbefassung vielleicht noch einmal aufzurufen und das wäre dann am 19. Mai 2017.

Wenn Sie damit einverstanden sind, dann würde ich so verfahren und dann kämen wir zum zweiten Tages...

(Abg. Arno Münster: Also, wenn es einen aktuellen Anlass gibt, Herr Vorsitzender!)

– Ja, sicher.

(Abg. Arno Münster: Nicht so als Dauerthema!)

- Ich habe ... Nein, Entschuldigung. Noch einmal zur Klarheit, was wir eben beschlossen haben, ist, dass wir die Selbstbefassung nicht beenden. Wann es wieder auf die Tagesordnung kommt, entscheidet der Vorsitz im Benehmen mit den Obleuten.

(Abg. Arno Münster: Okay.)

Zu TOP 2

Vorsitzender: Zweiter Tagesordnungspunkt, Drucksache 21/8397: Einvernehmen mit dem Bund über die Beteiligung an den Kosten für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen anlässlich des OSZE-Ministerrates am 8./9. Dezember 2016 und des G20-Gipfels am 7./8. Juli 2017 in Hamburg. Hier ist der Haushaltsausschuss federführend, der Innenausschuss ist mitberatend, die Unterlagen dazu haben Sie bekommen. Gibt es Nachfragen zu dieser Drucksache? Herr Gladiator bitte.

Abg. Dennis Gladiator: Frage 1, ich fasse wieder zusammen, wenn ich darf: Wann ist mit der Abrechnung des OSZE-Gipfels zu rechnen? Weil es ja nicht ganz uninteressant ist. Nun haben wir mehrfach gehört, auch heute, die Kostenentwicklung OSZE, kann man noch gar nichts zu sagen, hängt ja auch von Faktoren ab, die der Senat schlecht steuern kann. Verstehe ich. Da würde mich interessieren, wie man auf diese 50 Millionen Euro kommt, sie zu akzeptieren als wirkliche Obergrenze, und alles, was darüber hinausgehen würde, müsste Hamburg bezahlen. Und da wäre dann die Frage, eine letzte Frage: Wenn es zu Mehrkosten kommt, kann das zulasten der Etats von Polizei, Feuerwehr und Verfassungsschutz gehen, weil Sie es daraus finanzieren müssen, oder gibt es zumindest die Inaussichtstellung, dass das dann aus dem Gesamthaushalt – gibt ja noch ein paar Etats, die der Bürgermeister bei sich hat, ein paar Pläne –, dass man es daraus finanziert? Also können Sie ausschließen, dass das zulasten der sonstigen Sicherhausausstattung in unserer Stadt geht?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Also zulasten der Sicherhausausstattung wird es nicht gehen, es wird ja ein Mehr an Sicherheitsausstattungen geben. Es ist richtig, wir haben noch keine komplette vollständige Kostenübersicht. Dennoch ist es so, dass wir, auch wenn man sich anguckt, was bei anderen Gipfelereignissen sozusagen der Bundesanteil war und in welchen Dimensionen wir irgendwie einmal landen werden, wir im Moment davon ausgehen, dass wir mit den 50 Millionen Euro pauschal da ein ordentliches Ergebnis erzielt haben. Es ist ja hier dann ansonsten auch sozusagen das Verfahren beschrieben, wie wir mit den darüber hinausgehenden Bedarfen umgehen. Da wird geguckt, ob das aus den betreffenden Fachbudgets im Rahmen der Regelausgaben bestreitbar ist, denn das heißt natürlich, das nicht zulasten anderer notwendiger Ausgaben, sondern ob sozusagen das in den Budgets noch ganz regelmäßig leistbar ist. Da kann sich jeder vorstellen, dass die Spielräume da sehr begrenzt sind. Und insofern, wenn wir da nennenswert diesen Betrag überschreiten, dann wird man sich da über eine zentrale Finanzierung unterhalten müssen.

Vorsitzender: Die Frage war, glaube ich, nur noch, wann die Abrechnung ... Das habe ich jetzt noch nicht ... und wieso 50 Millionen Euro, wie Sie auf diese Summe gekommen sind, Herr Senator.

Senator Grote: Zur Frage, wann alles vorliegt, das können wir schlicht nicht sagen, weil wir das nicht in der Hand haben, wann jeder sozusagen auch seine Kosten abrechnet. Es wird ja regelmäßig in Kleinen Anfragen abgefragt, welche Kosten anderer Bundesländer schon abgerechnet wurden, und das ...

(Abg. Christiane Schneider: Werde ich jeden Monat fragen!)

... kleckert eben so nach und nach ein und dann bezahlen wir das auch, gucken uns das natürlich an vorher, ob das wohl auch stimmt und dann wird das abgerechnet oder wird das bezahlt. Das ist ein feststehendes Verfahren auch zwischen den Polizeien der Länder, aber wir können nicht prognostizieren, wird (...) Ich nehme an, es gibt auch welche, die sagen, wir warten jetzt bis G20 durch ist, dann rechnen wir das zusammen ab und so weiter, das müssen wir dann sehen. Wir wissen auch gar nicht genau, ob wir das dann ganz sauber

alles auseinanderhalten können, also jedenfalls OSZE und G20, aber, wie gesagt, die 50 Millionen Euro werden uns da sehr helfen. Ich weiß nicht, ob wir noch konkreter beschreiben können, wie wir auf den Betrag gekommen sind.

(Zurufe)

- Ja, weil... Das ist ja immer auch ein bisschen Verhandlungsstrategie gegenüber dem Bund und also jetzt ... Gehen Sie einmal davon aus, dass wir im wohlverstandenen Hamburger Interesse hier ordentlich mit dem Bund verhandelt haben.

Vorsitzender: Ja, das tun wir. Und dann hat Frau Schneider das Wort.

Abg. Christiane Schneider: Ja, meine Frage geht in die ähnliche Richtung. Also, ich werde das wirklich monatlich abfragen, weil ich dann wissen will, wie das aufwächst. Jetzt sind es ja schon noch unter 10 Millionen Euro bei der letzten Anfrage, die sozusagen für den OSZE-Gipfel ausgegeben wurden an Sicherheitskosten. Meine Frage ist aber trotzdem, man geht ja ... Also das will ich einfach nicht glauben, dass Sie ein Sicherheitskonzept machen, ...

(Senator Grote: Das ist aber eine schlechte Einleitung!)

– Bitte?

(Senator Grote: Das ist aber eine schlechte Einleitung!)

Ja, ich will es aber tatsächlich ... Ich kann mir das nicht vorstellen, dass das so unverantwortlich zugeht, dass Sie ein Konzept machen und dass es keine Vorstellung über die Kosten gibt. Das heißt, wenn Sie in die Verhandlung mit dem Bund gehen, dann müssen Sie ja eine Größenordnung im Kopf haben. Und deswegen frage ich jetzt noch einmal – ich habe es ja schon öfters gefragt und ich werde es auch weiter fragen –, mit wie viel rechnen Sie ... Bei dem OSZE-Gipfel jetzt zum Beispiel, habe ich eben erfahren, dass die ganzen Rechnungen für die Feuerwehr noch überhaupt gar nicht eingegangen sind. Und deswegen, mit wie viel rechnen Sie jetzt für den OSZE-Gipfel? Dann ist ja eben von Ihnen gesagt worden, also von Senatsseite gesagt worden, dass die eine ganz andere Dimension hat, der G20-Einsatz, das G20-Konzept. Das glaube ich ohne Weiteres. Das heißt, mit wie viel rechnen Sie ... Ich frage das deswegen, ich beharre auch irgendwie darauf, weil für die Verausgabung der Haushaltsmittel ist irgendwie ja doch die ... Das müssen wir ja als Bürgerschaft kontrollieren und wenn wir keine Antwort kriegen, erst wenn das ganze Geld verbraten ist, finde ich das wirklich extrem schwierig. Also dann kann man trotzdem mit Nein stimmen, aber es ist einfach die Kontrolle der Ausgaben und dann die Politik, die damit gemacht wird, ist für uns verunmöglicht. Deswegen sagte ich, ich will das irgendwie nicht glauben. Das war mein Demokratieverständnis, dass ich das nicht glauben will. Also wie Sie in die Verhandlung gegangen sind, was Sie da herausgeholt haben, will ich einfach wissen, welche Vorstellung von Kosten, die auf Hamburg zukommen mit den beiden Gipfeln, hatten Sie?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Wir hatten eine Verhandlungsstrategie gegenüber dem Bund, die werde ich jetzt auch hier im Nachhinein nicht offenlegen und die war erfolgreich. Und dass wir eine andere Dimension jetzt bei G20 haben, das ist klar. Sie können das vielleicht ein bisschen vergleichen, wenn Sie sehen, wie viele sozusagen Hamburger oder ja, wie viele ... Aber selbst das ist unscharf. Wenn Sie gucken, wie viele Polizisten gehörten in die besondere Aufbauorganisation, die wir in Hamburg hatten, aber auch da sind Teile der Bundespolizei dabei, auf deren Kosten, wo ja auf die Kostenerstattung verzichtet wird.

(Abg. Christiane Schneider: Weil der Bund das übernimmt?)

– Ja, also es sind in der Einsatzorganisation, die wir hier haben, auch Einheiten der Bundespolizei. Das war sowohl bei OSZE auch, die sind uns dann unterstellt und machen hier ganz normal ihren Dienst.

(Abg. Christiane Schneider: Ja, klar, stimmt, die zahlen wir ja nicht!)

- So, genau. Und die zahlen wir nicht. Und wenn Sie aber da sehen, dass der Gesamteinsatz hier ungefähr im Bereich von 10 500 Euro war und wir jetzt ungefähr von 15 000 Euro ausgehen, dann drückt sich diese Dimension da etwas aus, aber es ist ja auch nicht eine Mehrfachlösung(?). So. Und mit einer entsprechenden Steigerung dann auch der Kosten, die da anfallen, muss man dann auch von OSZE zu G20 rechnen, das stimmt schon. Aber es ist jetzt auch nicht explodierend. Und umgekehrt gibt es bestimmte Dinge, die auch nur einmal für beide Gipfelveranstaltungen anfallen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ich gestehe, die 50 Millionen Euro beschäftigen mich auch. Ich hatte jetzt ein bisschen gehofft, dass Sie uns sagen, na ja, das beruht auf Erfahrungen mit den Kosten, die bei den anderen Gipfeltreffen stattgefunden haben, das beruht auf Hochrechnungen, wie viele Leute wir brauchen, was das alles kostet. Das hatte ich gehofft, ehrlich gesagt, weil ich schon gern gewusst hätte, wie sich die 50 Millionen Euro irgendwo errechneten. Und zum Zweiten hätte ich gern von Ihnen noch einmal gewusst, wenn diese Kosten nun diese 50 Millionen Euro um ein Größeres übersteigen, meinerwegen 70, 80, 90 Millionen Euro, ist es dann ausgeschlossen, dass der Bund in irgendeiner Weise dann doch noch mit einsteigt für diese Mehrkosten? Denn letztlich machen wir das Ganze ja im Auftrage des Bundes.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Also zur zweiten Frage. Wenn man sich verständigt, dann tut man das nicht, um ein halbes Jahr später neue Forderungen zu stellen. So. Unsere Einschätzung ist, dass wir hier gut verhandelt haben und wenn wir in einem halben Jahr oder in einem Jahr dann alle Zahlen vorliegen haben und Sie dann zu der Auffassung kommen, wir haben doch nicht gut verhandelt, dann können wir das ja noch einmal neu diskutieren.

Zu der Dimension der Zahlen, also vielleicht kann der Staatsrat noch ein paar erläuternde Anmerkungen dazu machen.

Staatsrat Krösser: Vielleicht muss man da eins immer wieder sich bewusst machen, generell ist der Bund hier überhaupt nicht in der Pflicht, irgendwelche Kosten zu übernehmen, weil Polizeiaufgaben Landesaufgaben sind und der Bund sich damit rein formaljuristisch auf die Position hätte zurückziehen können, ich muss erst einmal gar nichts bezahlen, weil, die Sicherheit zu gewährleisten, ist eure Aufgabe und ich stelle euch dann noch die Kosten für die Bundespolizei und für alle Amtshilfeleistungen des Bundes in Rechnung. Das muss man sich von der Ausgangsposition für eine solche Verhandlung zunächst einmal in Erinnerung rufen.

(Abg. Dennis Gladiator: Das stand aber nicht im Raum!)

- Bitte?

(Abg. Dennis Gladiator: Das stand aber nicht im Raum!)

- Das stand nie im Raum, aber trotzdem ist das immer für die Frage, von welcher Verhandlungsposition aus verhandelt man, eine ganz bedeutsame Fragestellung. Sie

können auch erkennen, dass diese Vereinbarung abgeschlossen ist zu einem Zeitpunkt, wo der OSZE- und G20-Gipfel auch schon längst beschlossen war. Das heißt also ... Na ja, Herr Gatzler hat das unterschrieben für den Bund – wenn Sie das einmal angucken möchten – am 8. März 2017. So, vorher stand also diese Kostenvereinbarung so auch nicht fest.

(Abg. Carl-Edgar Jarchow: Am 27.03.!)

- Na, 8. März 2017 ist hier.

(Zuruf)

– Ach so, das ist Herr Schmidt, ja. 23. März 2017, genau.

Sodass das also auch eine Verhandlung unter laufenden Bedingungen war.

Wir haben uns natürlich angeguckt, was ist woanders gezahlt worden. Da kann ich einmal in Erinnerung rufen, dass Elmau mit dem G7-Gipfel mit einem erheblichen Aufwand aufgrund der Topografie des Veranstaltungsortes vom Bund eine Erstattung von 40 Millionen Euro bekommen hat. So, und dann verhandelt man ausgehend von solchen Erfahrungswerten mit dem Bund über die Frage, was es denn für Hamburg bedeuten kann und ich glaube, dass wir dann im Ergebnis, wie der Senator schon gesagt hat, mit 50 Millionen Euro eigentlich ein sehr gutes Verhandlungsergebnis in Abstimmung mit dem Bund erreicht haben. Das ist dann aber auch das Verhandlungsergebnis und auch da kann ich nur den Senator bestätigen, ein Verhandlungsergebnis ist dann ein Verhandlungsergebnis, das dann auch steht, und dann auch für beide Seiten steht. Wir sind aber auch der Überzeugung, dass für die zugrunde liegenden Einmalkosten, wir mit den 50 Millionen Euro schon sehr weit kommen werden.

Vorsitzender: Okay, vielen Dank. Frau Möller bitte.

Abg. Antje Möller: Dieses Thema war ja auch im Haushaltsausschuss des Bundestages Thema und ich muss einmal sagen, die Kollegin dort hat sich ja sehr empört, also die grüne Kollegin dort, darüber gezeigt, dass es auch dort wenig Bereitschaft gab, zu erklären, wie man zu der Summe kam, also mit Blick ..., jetzt aus dem Bundesblick her gesehen. Ich möchte einfach auch noch einmal zwei Fragen stellen. Einmal finde ich die möglichen Rückzahlungen, wenn also das Geld nicht ganz gebraucht wird, oder die Bedingungen, die vereinbarten, nicht erfüllt sind, 5 Prozent über dem jeweiligen Basiszinssatz sind ja auch irgendwie eine interessante Vereinbarung, aber wahrscheinlich ...

(Abg. Dennis Gladiator: Gut verhandelt!)

– Ja, gut verhandelt, aber dann von der anderen Seite. Aber wahrscheinlich ist das üblich. Also ich will da auch gar nichts unterstellen. Ich habe eine konkrete andere Frage. Wenn jetzt hier drinsteht, dass die Kosten Bundespolizei, Bundeswehr und Technisches Hilfswerk sozusagen übernommen werden, bedeutet das auch, dass damit die Federführung über, und zwar nicht die strategische Federführung, sondern die Federführung über die Zahl der Einsatzkräfte, zum Beispiel Bundespolizei, über die Zahl oder über die Einsatzstärke des Technischen Hilfswerks oder möglicherweise sogar auch beim Thema Bundeswehreinätze der Bund dann etwas mitzureden hat? Oder heißt das, alles das, was Sie uns hier vorher beschrieben haben, also die Hamburgische Polizei ist zuständig und die anderen arbeiten mit? Und wenn Hamburg den Bedarf sieht, zum Beispiel ein größeres Kontingent des Technischen Hilfswerks hier zu benötigen aus irgendeinem Grund, dann wird Hamburg das entscheiden und der Bund hat da nicht mitzureden und der Bund andererseits ist auch nicht in der Situation zu sagen, ja, hier gehört jetzt aber doch einmal ein bisschen etwas an Bundeswehr noch in die Stadt und dann muss Hamburg sozusagen das hinnehmen, um es flapsig zu formulieren? Sie schütteln schon den Kopf, (...).

Vorsitzender: Herr Senator, vielleicht für eine Antwort, die auch protokollierbar ist.

Senator Grote: Nein, das können wir ohne Probleme hier beantworten. Einmal die Zinsen im Falle einer Rückzahlung. Also ehrlich gesagt, wenn wir das nicht verbrauchen und etwas zurückzahlen können, würden wir auch noch höhere Zinsen bezahlen. Aber es ist eher so, dass, wenn es eine Abweichung von dem Betrag gibt, die vermutlich eher ein kleines bisschen drüber hinausgeht, als dass sie drunter bleibt. Wenn wir drunter bleiben, wie gesagt, ist die Zins..., also dann ist die Zinszahlung nicht unser größtes Problem.

Inhaltliche ..., also die Federführung für die Frage, was brauchen wir hier für diesen Einsatz, die liegt bei uns. Aber so, wie das bei der Anforderung auch in anderen Bundesländern ist, wir können natürlich nicht frei über fremde Ressourcen verfügen. Das heißt, wenn es dort konkurrierende Notwendigkeiten, Einsatzlagen gibt, dann kann auch jemand immer sagen, bei allem Verständnis, bei aller Unterstützungsbereitschaft, das kriegen wir jetzt nicht hin. Es kann sein, dass wir bei allem, was wir uns wünschen, was wir auch anfordern, es auch einmal Abstriche gibt, weil die eigene ..., im Rahmen ihrer Aufgaben auch noch andere Dinge zu bewältigen haben als den G20-Gipfel. Aber die Erfahrung bisher ist, dass jeder wirklich bis an den Rand dessen, was er in seinem eigentlichen Aufgabenbereich verantworten kann, uns hier unterstützt. Wir haben keinerlei Grund, davon auszugehen, dass irgendetwas, was wir anfordern und erst recht nicht etwas, was nun wirklich zwingend notwendig ist, auch nicht kommt, und das wird auch nicht dann hinterfragt. Also unsere Einschätzung, was wird gebraucht, wird nicht hinterfragt.

Vorsitzender: Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, nur um es klarzumachen, das habe ich schon verstanden. Aber hier ging es ja um das Kostenargument. Also wenn ein Land nicht die notwendigen Kräfte schicken kann, weil es also andere Notwendigkeiten für den Einsatz von Polizei hat, aber hier geht es ja schlicht und einfach darum, dass die Kosten der Bundespolizei eben dann nicht dem Land, was diese anfordert, auferlegt werden, sondern der Bund sie selbst trägt. Ich wollte nur sozusagen deshalb das noch einmal konkret nachfragen. Ansonsten gibt es ja einen finanziellen Ausgleich für den Einsatz von Bereitschaftspolizei aus anderen Bundesländern hier zum Beispiel.

Vorsitzender: Ja, das war genauso.

Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Sie haben ein paarmal gesagt, wir könnten davon ausgehen, dass Sie gut verhandelt haben. Ich gebe zu, als Bürger dieser Stadt würde ich es tun. In meiner Stellenbeschreibung, die ich in der Verfassung gefunden habe, steht drin, wir sollen Sie kontrollieren.

(Abg. Christiane Schneider: So ist es!)

Da ist es schwierig, wenn man sagt, glaubt uns einmal, zumal, es sind ja Mittel für beide Gipfel. Wenn wir nicht einmal einschätzen können, was ist jetzt schon für OSZE quasi ausgegeben worden, wie hoch waren da die Kosten, weil die Abrechnung in dem Sinne noch nicht vorliegt, dann ist das schwierig. Und das Zweite ist, als wir über das Sicherheitskonzept OSZE geredet haben im Innenausschuss, da haben Sie noch gesagt, na ja, gehen Sie einmal davon aus, die Polizeien der anderen Bundesländer muss ich gar nicht bezahlen, das wird uns gestellt. Kann man nachlesen im Protokoll. Das war Ihre ... Sie haben es nicht zugesagt, aber es war Ihr "gehen Sie einmal davon aus, das müssen wir nicht bezahlen". Wir haben Ihnen damals schon gesagt, dass das eine sehr ... also, wir hätten Ihnen gewünscht, dass es passiert, aber wir haben diese Hoffnung nicht geteilt, weil sie bei keinem anderen

Gipfel und sonstigen Geschehen in Deutschland so erfolgt ist, aber auch deswegen ist dieses "Gehen Sie einmal davon aus"-Vertrauen schwierig, zumal Sie ja vielleicht mit Kosten auch an anderer Stelle noch nicht gerechnet haben, die kommen werden. Also wir werden es dann wieder aufrufen müssen, wir können Sie heute nicht zur Antwort zwingen, werden aber umso genauer hinschauen, ob Ihr Verhandeln wirklich so gut war. Wir würden es uns wünschen.

Vorsitzender: Herr Warnholz.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Ich gehe einmal davon aus, dass nach diesem großen Gipfeltreffen wir uns im Innenausschuss ja mit dieser ganzen Thematik, mit den Kosten noch einmal beschäftigen werden. Dann wissen wir es genau. Alles andere ist mehr oder weniger, denke ich, auch spekulativ. Aber darf ich noch einmal bitte fragen: Jedes Polizeifahrzeug zum Beispiel, was jetzt im Vorfeld, was möglicherweise ja mit diesem Gipfel aber auch zusammenhängt, brennt, kostet sehr, sehr viel Geld. Die Fahrzeuge sind ja, wenn ich richtig informiert bin, nicht versichert, das zahlt ja die Polizei aus unserem Sockel hier selbst raus. Sind die da schon mit in der Überlegung in diesen 50 Millionen Euro drin, denn die müssen ja wiederbeschafft werden, damit sie einsatzbereit sind? Das würde ich gern noch einmal wissen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Grote: Sehen Sie, deswegen ist es halt so schwierig, genau zu sagen, in einer wie auch immer dimensionierten geschätzten Zahl sind folgende Kosten drin und folgende noch nicht, weil wir das natürlich nicht so genau vorhersehen können. Es wird von den möglichen denkbaren Kosten welche geben, die eintreten, und welche, die nicht eintreten. Wir haben natürlich nicht von vornherein eingeplant, soundso viele Einsatzfahrzeuge zu verlieren durch Totalverlust, durch Brand, das ist nicht in unserer Kostenkalkulation von Anfang an enthalten gewesen. Umgekehrt gibt es auch Dinge, von denen wir einmal gedacht haben, wir brauchen sie, die wir dann doch nicht gebraucht haben. So ist das halt. So unbefriedigend das für Sie jetzt ist, das verstehe ich auch, aber wir können eine, sagen wir einmal, solide Diskussion darüber eben wirklich erst führen, wenn wir das ein bisschen greifbarer auf dem Tisch liegen haben.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Dann habe ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Das bedeutet, dass wir den Haushaltsausschuss bitten, von den Beratungen im Innenausschuss dann Kenntnis zu nehmen.

Zu TOP 3

Vorsitzender: Drittens "Verschiedenes". Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ich habe eine Frage, weil es einen schweren Zwischenfall am letzten Freitag, in der Nacht zum Freitag gegeben hat in einer Einrichtung, und zwar hat ein türkischer Geflüchteter einen kurdischen Geflüchteten mit kochendem Wasser verbrannt und es ging um den Streit um das Referendum. Können Sie da Näheres sagen schon oder laufen die Ermittlungen? Wenn Sie nichts sagen können, dann kann ich es auch verstehen, aber es würde mich schon interessieren, weil es ja beunruhigend ist, wenn es in dem Zusammenhang zu solchen Gewalttaten kommt.

Vorsitzender: War das in der Erstaufnahme, Frau Schneider?

Abg. Christiane Schneider: In einer Harburger Wohnunterkunft. Und der Staatsschutz ermittelt. Soweit stand es im "Hamburger Abendblatt", und wie gesagt, soweit ich weiß, ging es um dieses Referendum, das stand noch nicht (...).

Vorsitzender: Herr Senator, können Sie ...?

Senator Grote: Ich würde da erst einmal an den Staatsrat weitergeben.

Staatsrat Krösser: Also, der Sachverhalt ist bekannt, wobei das Motiv eben noch unklar ist und damit auch unklar ist, ob es irgendetwas mit dem Referendum zu tun hat oder schlicht mit der Frage, ob das Licht im Zimmer anbleiben durfte oder nicht.

Vorsitzender: Okay. Gibt es weitere Punkte unter "Verschiedenes"? Das sehe ich nicht. Dann beende ich die Beratung und die Innenausschusssitzung ist damit beendet. – Vielen Dank.

Ekkehard Wysocki (SPD)
(Vorsitz)

Antje Möller (GRÜNE)
(Schriftführung)

Für die Richtigkeit:

gez. Manuela Knieler
(Sachbearbeitung)